

Antragsübersicht

Satzung / GO / Beitragsordnung			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Die Antragsteller</i>
S1		Anpassen der Beitragsordnung (nur falls Satzungsänderung erfolgt) - nicht Müllern, da Satzungsänderung	Andreas Büsch
S2		Ändern der Beitragsordnung (inhaltlich) - nicht Müllern, da Satzungsänderung	Andreas Büsch
Bildung und Kultur			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Die Antragsteller</i>
101		Du kannst alles werden - jung-liberale Projekte für das Land der Bildungschancen	Luca Lichtenthäler, Alexander Puderbach
102		Wieso müssen wir auf beste Bildung warten?	Ann-Kathrin Johann, Luca Kühn, Luca Lichtenthäler
103		Wir stehen zu Dahrendorf!	Ann-Kathrin Johann, Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel
104		Ausbildungsstandort stärken: RLP-Ticket für alle Studenten	Bezirksvorstand Koblenz
105		Erleichterung des Schulwechsels	Bezirksvorstand Koblenz
106		Wiedereinführung einer verbindlichen Laufbahnpflicht nach der Grundschule	Bezirksvorstand Koblenz
107		Einführung einer kostenlosen Hausaufgabenbetreuung in der Grundschule	Bezirksvorstand
108		Verpflichtender Schwimmunterricht	Bezirksvorstand Koblenz
109		Update – Hochschulpolitik	Marten Pukrop, LHG Mainz, LHG Hochschule Mainz
110		Abschaffung der Winterferien im rheinland-pfälzischen Schulsystem	Bezirksvorstand Koblenz
111		Bringen wir unsere Lehrer ins 21. Jahrhundert – verpflichtende Digitalisierungsförderungen für alle Lehrer	JuLis Alzey-Worms, Liberale Schüler RLP
Familie, Gesellschaft, Gender und Diversity			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Die Antragsteller</i>
201		Kein Judenhass in Rheinland-Pfalz	Matthias Keidel, Luca Lichtenthäler
202		Gender-Wahnsinn stoppen	Andreas Büsch
203		Kinderchancengeld - Investition in unsere Kinder	Luca Lichtenthäler
204		Liebe und Verantwortung in Freiheit	Matthias Keidel, Luca Lichtenthäler
205		Konsequent für die moderne Gesellschaft, Gleichberechtigung und gegen Gewalt	Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel
Gesundheit und Soziales			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Die Antragsteller</i>
301		Ja zum Fördern und Fordern!	Ann-Kathrin Johann, Luca Lichtenthäler
302		Gründungszuschuss für Landärzte	Bezirksvorstand Koblenz

Antragsübersicht

303		Ärztlichen Unterbau im Angesicht des demographischen Wandels stärken	Bezirksvorstand Koblenz
Innen und Recht			
Nr.	Platz	Antragstitel	Die Antragsteller
401		Neuregelung der Kommunalfinanzen in RLP maßlos ungerecht	Bezirksverband Koblenz
402		Unterstützungsunterschriften online	Marten Pukrop, Alexander Puderbach
403		Keine heimlichen Überwachungsmaßnahmen	Luca Maximilian Kühn, Luca Maximilian Lichtenthäler
404		Antrag zur Entkriminalisierung von Cannabis ohne Rausch beim Autofahren als Etappenziel der Legalisierung	Lucas Kortmann
405		Verbraucherrechte stärken - Einführung eines eigenen Vertragstypus für Internet-/Telekommunikationsverträge	Bezirksvorstand Koblenz
406		Diesel-Gate: Eigentum der Bürger schützen	Bezirksvorstand Koblenz
407		Brauchen wir wirklich einen überdimensionierten Stadtrat, schaffen wir Bremen und Hamburg als eigenständige Bundesländer ab.	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz
408		Digitale Kommune, digitale Verwaltung	Der Landesvorstand
409		Tempolimit 130 km/h	LAK Programmatik
410		Realistische Grenzwerte statt Willkür: Cannabisgrenzwerte im Straßenverkehr anpassen	JuLis Alzey-Worms, Luca Lichtenthäler
411		Wählen ab 16 auf allen Ebenen!	Christian Chahem, Luca Kühn, Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel
Internationale Politik			
Nr.	Platz	Antragstitel	Die Antragsteller
501		Regierungsflieger	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz
502		Free Tibet	Lucas Kortmann
503		Hartes Vorgehen gegen Chinas aggressive Expansionspolitik	Lucas Kortmann
504		Nato Präsenz in Syrien erhöhen	Lucas Kortmann
Innovation, Netzpolitik und Medien			
Nr.	Platz	Antragstitel	Die Antragsteller
601		Recht auf Privatheit - Verschlüsselung gewährleisten!	Marten Pukrop, Luca M. Kühn, Luca M. Lichtenthäler
602		Stoppt die Zensurmaschine – Rettet das Internet!	Bezirksvorstand Koblenz
Umwelt, Landwirtschaft, Infrastruktur			
Nr.	Platz	Antragstitel	Die Antragsteller
701		Innovation first, Verbote second - Klimaziele effizient erreichen	Franz Maertl, Luca Lichtenthäler
702		Messstationen in RLP auf den Prüfstand	Bezirksvorstand Koblenz
703		Wolfsabschuss-Verbot beibehalten	Bezirksvorstand Koblenz

Antragsübersicht

704		Aufklärung statt Verbote – transparente Lebensmittellabels als Alternative zum staatlichen Reglementierungswahn	Bezirksvorstand Koblenz
705		Straßen aus recyceltem Plastik	Lucas Kortmann
706		Wirksamer Emissionszertifikathandel	Marten Pukrop, Lucas Kortmann
707		Mobilunkturbo - jetzt!	Matthias Keidel, Luca Lichtenthäler
708		Breitbandausbau jetzt!	Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel
Wirtschaft, Finanzen und Steuern			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Die Antragsteller</i>
801		Abschaffung § 9 Abs. 6 EStG	Bezirksvorstand Koblenz
802		Sektsteuer	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz
Internes, FDP und Grundsätzliches			
<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Die Antragsteller</i>
901		SÄ-Antrag (Ordnung in der GO) an FDP LPT	Bezirksverband Koblenz
902		SÄ-Antrag (Alex-Müller-Verfahren) an FDP LPT	Bezirksverband Koblenz
903		SÄ-Antrag (Mitgliederteilhabe) an FDP LPT	Bezirksverband Koblenz
904		SÄ-Antrag (Koalitionsentscheidung) an FDP LPT	Bezirksverband Koblenz
905		SÄ-Antrag an FDP LHA	Bezirksverband Koblenz
906		Antrag an FDP-LPT (Alex-Müller-Verfahren in Untergliederung)	Bezirksverband Koblenz
907		Antrag an FDP-LPT (Mitgliederteilhabe in Untergliederung)	Bezirksverband Koblenz
908		Antrag an FDP-LPT (elektronische Beschlüsse)	Bezirksverband Koblenz
909		SÄ-Antrag (Beschränkung von Anträgen ohne Fristenbindung) an FDP LPT	Bezirksverband Koblenz
910		FDP RLP: Liberalen Geist stärken – Mitglieder respektieren	Bezirksvorstand Koblenz
911		BuKos Billiger und weitere Entlastung der Mitglieder vom BuVo	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz

Antrag 101	
Antragsteller:	Luca Lichtenthäler, Alexander Puderbach (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Du kannst alles werden - jung-liberale Projekte für das Land der Bildungschancen**

2

3 "Für uns Junge Liberale ist Bildung eine der Kernaufgaben des Staates. Bildungspolitik ist das
4 wichtigste Politikfeld für Kinder und Jugendliche. Wir wollen jedem Kind in Rheinland-Pfalz
5 exzellente Bildung zukommen lassen. Wir JuLis Rheinland-Pfalz sehen die Bildung als elementar
6 an, wenn es um Chancengerechtigkeit geht. Jeder junge Mensch muss dazu befähigt werden
7 seinen individuellen Lebensweg bestreiten zu können und sozial aufsteigen zu können. Unser
8 Motto lautet: Deine Herkunft ist uns egal. Wir wollen, dass du dein Potenzial voll entfalten
9 kannst. Die beste Schule der Welt für jedes einzelne Kind - das ist unser Anspruch! Dies
10 erfordert nicht nur eine massive Steigerung im Bildungsbudget, mit dem dringend notwendige
11 Investitionen und Modernisierungen der Schulen vorangetrieben werden müssen, sondern
12 auch fundamentale Änderungen im System selbst.

13

14 Mehr Freiheit für die Schule vor Ort

15

16 Wir wollen, dass die Experten vor Ort – Lehrer, Schüler und Eltern – gemeinsam über die besten
17 Konzepte für ihre Bildung entscheiden. Wenn wir den Schulen mehr Freiheit für die Gestaltung
18 des Unterrichts, die Entscheidung über die Verwendung ihrer Finanzen und über das Personal
19 geben, werden sich neue Konzepte und großartige Ideen in der Schullandschaft entwickeln.

20 Deshalb fordern wir ein Schulfreiheitsgesetz für Rheinland-Pfalz. Mit einem
21 Schulfreiheitsgesetz wollen wir den Schulen mehr finanzielle, personelle, organisatorische und
22 pädagogische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Das wollen wir gemeinsam mit den Schulen

23 Schritt für Schritt auf den Weg bringen. Die guten Erfahrungen, die im Rahmen des
24 Schulversuchs „Mehr Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen“ generiert
25 wurden, sollen Grundlage für die Erarbeitung des Gesetzes sein. Auf freiwilliger Basis soll es
26 den Schulen viel stärker ermöglicht werden eigenständig ihre pädagogischen Konzepte, ihr
27 Personal und ihr Budget zu verwalten. Weiterführende Schulen sollen außerdem die
28 Möglichkeit haben neben dem fachlichen Schulleiter auch einen Schulmanager einzustellen,
29 der für die Verwaltungsorganisation der Schule zuständig ist. So kann die zusätzliche
30 Verantwortung im Rahmen der Schulfreiheit organisiert werden und gleichzeitig erhält der
31 Schulleiter die Freiheit sich um die Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte und die
32 Personalführung zu kümmern.

33

34 Einheitliche Bildungsstandards

35

36 Um auch weiterhin eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu gewährleisten fordern wir
37 einheitliche Bildungsstandards für die gesamte Bundesrepublik. Es muss möglich sein, dass man
38 bei einem Wohnortwechsel in ein Bundesland ohne große Verwerfungen weiter die Schule
39 besuchen kann. Die Angleichung der Bildungsstandards darf aber nicht zu einem Absinken des
40 Niveaus der Schulabschlüsse führen. Um eine Vergleichbarkeit des Abiturs gewährleisten zu
41 können, fordern wir, dass in jeder Abiturprüfung eine Aufgabenstellung, die zentral vom
42 Bildungsministerium für alle Schüler*innen entworfen wurde, enthalten ist. Ein generelles
43 Zentralabitur lehnen wir jedoch ab.

44

45 Nur die Besten der Besten für unsere Schulen

46

47 Die Lehrer*innen leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen und entscheidenden Beitrag für den
48 Wohlstand und die Zukunft unseres Landes. Bildungschancen hängen natürlich von der
49 Sozialisation im Elternhaus ab. Aber auch die Expertise und Fähigkeiten der Lehrer*innen
50 entscheiden darüber, ob gute Bildung ermöglicht wird. Einerseits ist die fachliche Eignung in
51 den einzelnen Fächern wichtig. Jedoch sind die sozialen und didaktischen Kompetenzen

52 entscheidend dafür, ob jemand eine gute Lehrerin oder ein guter Lehrer ist. Wir wollen
53 Lehrer*innen, bei denen ein ausgewogenes Zusammenspiel von Fachkompetenz,
54 pädagogischer Kompetenz sowie didaktischer Kompetenz vorhanden ist. Unser Anspruch ist
55 die Besten der Besten für den Lehrerberuf gewinnen zu können.

56 Deshalb fordern wir ein Verfahren zur Eignungsberatung von angehenden
57 Lehramtsstudent*innen. Das Verfahren zur Eignungsberatung ermöglicht die Erfassung
58 wichtiger Kompetenzen und Persönlichkeitsmerkmale für den Lehrberuf und das
59 Lehramtsstudium. Somit können die Teilnehmenden auf Basis empirischer Befunde zu Ihrer
60 Eignung für das Lehramtsstudium und den Lehrberuf beraten werden. Am Ende des Tests
61 erhalten die Teilnehmenden in einem persönlichen Feedback- und Perspektivengespräch eine
62 umfassende Rückmeldung zu ihren Kompetenz- und Merkmalsausprägungen. So wollen wir
63 erreichen, dass diejenigen Lehramt studieren, die ein umfassendes Talent für den besonderen
64 Beruf der Lehrerin und des Lehrers mitbringen.

65 Das Verfahren soll in einem Modellversuch an den Universitäten, die den Bachelor of Education
66 anbieten, umfassend pilotiert und evaluiert werden. An diesem Modellversuch sollen alle
67 Erstsemesterstudierenden, die mit dem Lehramtsstudium beginnen werden kostenlos und
68 freiwillig teilnehmen können. Fällt der Modellversuch positiv aus, so fordern wir die
69 verpflichtende Teilnahme an einer solchen Eignungsberatung vor dem Beginn des
70 Lehramtsstudiums.

71 Des Weiteren fordern wir neben den zwei orientierenden Praktika und den zwei vertiefenden
72 Praktika während des Studiums zwei weitere Praktikumsphasen. In diesen zwei weiteren
73 Praktikumsphasen sollen die Lehramtsstudierenden mehrstündige (mindestens fünf
74 Schulstunden) Unterrichtsreihe in einem ihrer Fächer vorbereiten und an ihrer
75 Praktikumsschule eigenverantwortlich im Unterricht durchführen.

76
77 Fortbildung muss sein

78
79 Damit die Lehrer*innen immer auf dem neuesten Stand im Hinblick auf die didaktischen
80 Möglichkeiten, die sich durch die Digitalisierung bieten, sind, muss eine regelmäßige Fort- und

81 Weiterbildung eine Selbstverständlichkeit sein. Deshalb fordern wir alle zwei Jahre eine
82 verpflichtende Teilnahme für jede Lehrperson an einer Fortbildung für Technik, digitale
83 Didaktik etc.

84 Grundschullehrer*innen angemessen besolden

85 Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz erkennen die besondere Leistung der Pädagog*innen an
86 unseren Grundschulen an. Sie legen mit ihrer Arbeit den Grundstein für die weitere schulische
87 Laufbahn aller Kinder. Lehrer*innen an Grundschulen unterrichten häufig sehr heterogene
88 Klassen und stellen sich deshalb besonderen Herausforderungen. Wir halten es für nicht
89 vertretbar, dass die Grundschulpädagoginnen und Grundschulpädagogen nicht die gleiche
90 Besoldung erhalten wie ihre Kolleg*innen an den weiterführenden Schulen. Deshalb fordern
91 wir, dass in Zukunft Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer der Besoldungsgruppe A13
92 angehören.

93

94 Erstklassige Rahmenbedingungen für unsere Schulen

95

96 Wir wollen, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer die Möglichkeit hat sich individuell um seine
97 Schüler*innen zu kümmern. Deshalb fordern wir, dass die Aussetzung der beschlossenen
98 Absenkung der Klassenmesszahlen für Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien von 28 auf
99 25 Schüler*innen umgehend aufgehoben wird. Langfristig fordern wir eine Klassenmesszahl
100 von 20 Schüler*innen für alle Schulformen.

101 Eine 100%-Unterrichtsversorgung ist der Mindeststandard, der an jeder Schule in Rheinland-
102 Pfalz vorherrschen muss. Doch eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung reicht nicht aus.
103 Die JuLis Rheinland-Pfalz setzen sich deshalb langfristig für eine 105%-Unterrichtsversorgung
104 ein.

105 An den Realschulen werden mehr Poolstunden im Bereich der Sprachförderung benötigt.
106 Deshalb fordern wir eine Aufstockung der Poolstunden für die Realschulen, sodass eine
107 umfassende und auskömmliche Versorgung mit Sprachförderungen gewährleistet werden
108 kann.

109 Des Weiteren fordern wir, dass alle offenen Planstellen an den Förderschulen so schnell wie
110 möglich besetzt werden. Außerdem müssen alle Förderschulen in Rheinland-Pfalz erhalten
111 bleiben.

112

113 IT-Hausmeister an unseren Schulen

114

115 Wir fordern die Landesregierung auf gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern ein
116 Konzept zu entwickeln, durch das für unsere Schulen Techniker*innen zur Wartung der Hard-
117 und Software eingestellt werden können.

118

119 Sprache ist Grundvoraussetzung

120

121 Wir wollen, dass jedes Kind, das aus dem Kindergarten in die Grundschule entlassen wird, eine
122 gute grundlegende Sprachkenntnis hat. Deshalb fordern wir zu Beginn des letzten
123 Kindergartenjahres einen Sprachtest. Das letzte Kindergartenjahr kann dann für eine
124 passgenaue Sprachförderung genutzt werden.

125

126

127 Digitalpakt - sozial gerecht

128

129

130 Die Bundesregierung soll ein Konzept vorzulegen, wie die Digitalisierung in der schulischen
131 Bildung sozial gerecht gestaltet werden kann. Die Planungen der Bundesregierung zum
132 Digitalpakt sehen weder vor, Endgeräte für alle Schüler zu finanzieren, noch die Anschaffung
133 für Schüler aus finanzschwachen Familien zu unterstützen. Das Bildungs- und Teilhabepaket
134 umfasst keine Tablets für den Schulunterricht. Der Bund muss Chancen für jeden, unabhängig
135 von Herkunft und Wohnort, sichern und die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes um
136 Endgeräte für den Unterricht erweitern.

137 "



138

139 Begründung:

140

141 "mündlich"

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**

Antrag 102	
Antragsteller:	Ann-Kathrin Johann, Luca Kühn, Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Wieso müssen wir auf beste Bildung warten?**

2

3 "Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat entschieden, die Änderung des Grundgesetzes
4 für die Aufweichung des Kooperationsverbotes in seiner derzeitigen Form abzulehnen und den
5 Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag anzurufen.

6 Wir Junge Liberale kritisieren die Entscheidung der Landesregierung.

7 Die Entscheidung der Landesregierung hätte nun zur Folge, dass sich das Verfahren weiter
8 streckt. Der Digitalpakt und die Auflockerung des Kooperationsverbotes kommt nun wohl
9 wesentlich später, weil die Landesregierung die Änderung des Paragraphen 104b GG ablehnt.
10 Es geht hier um einen wichtigen Schritt hin zu weltbesten Bildung für unsere Kinder und die
11 Landesregierung verliert sich im politischen Klein-Klein. Die Vereinbarung auf Bundesebene
12 macht es möglich, dass nicht nur in Router und Beton, sondern auch in Personal und dessen
13 Fortbildung investiert werden kann. Das ist gut und richtig. Die Jungen Liberalen Rheinland-
14 Pfalz begrüßen ausdrücklich, dass die Ampel-Regierung grundsätzlich zum Digitalpakt und der
15 Aufhebung des Kooperationsverbotes steht. Wir fordern Malu Dreyer und ihr Kabinett deshalb
16 auf, im Vermittlungsausschuss besonnen zielgerichtet und vor allem zügig an einer Lösung zu
17 arbeiten, die Investitionen in Schule nicht verhindert, sondern so schnell wie möglich
18 erleichtert."

19

20 **Begründung:**

21

22 "Mündlich"



Antrag 103	
Antragsteller:	Ann-Kathrin Johann, Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel (Luca L)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Wir stehen zu Dahrendorf!**

2

3 "Zu den wenigen Kompetenzbereichen, in denen die Länder noch eigenständig aktiv werden
4 können, zählt die Bildungspolitik. In Zeiten wie diesen gibt es keinerlei Ressource, die wertvoller
5 als Bildung wäre. Im Sinne des großen liberalen Vordenkers Ralf Dahrendorf bekennen wir
6 Junge Liberale uns zum Bürgerrecht auf Bildung. Interpretieren wir Bildung als Bürgerrecht,
7 ergibt es keinen Sinn, in diesem Bereich Beiträge zu erheben. In keinem Land dieser
8 Bundesrepublik ist es so gut um die Bildungsmobilität bestellt wie in Rheinland-Pfalz. Das ist
9 auch Verdienst einer Politik, die am beitragsfreien Modell festhält. Wir Junge Liberale
10 Rheinland-Pfalz bekennen uns dazu. "

11

12 **Begründung:**

13

14 "Mündlich "

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 104	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Ausbildungsstandort stärken: RLP-Ticket für alle Studenten**

2

3 "Die mobile Freizügigkeit ist gerade für junge Menschen ein zentraler Aspekt individueller
4 Freiheit. Aus diesem Grund sollen Zuschüsse für alle Studenten, Auszubildenden und Schüler in
5 Rheinland-Pfalz, ähnlich wie in NRW, für landesweite Bahntickets für den gesamten ÖPNV zur
6 Verfügung gestellt werden. Ein Eigenanteil erfolgt etwa in Gestalt des Semestertickets oder
7 vergleichbarer Vergünstigungen für Schüler und Auszubildende. Das entlastet ferner den
8 Autoverkehr und stärkt damit den Umwelt- und Klimaschutz zu Gunsten einer nachhaltigen und
9 zukunftsorientierten Mobilitätsversorgung. Zudem wird der Ausbildungsstandort Rheinland-
10 Pfalz damit massiv gestärkt."

11

12 **Begründung:**

13

14 "Wird mündlich erbracht"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

Antrag 105	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Erleichterung des Schulwechsels**

2

3 "Um den Schulwechsel nach Erreichen des qualifizierten Sekundarabschlusses I zu erleichtern,
4 soll an der Realschule plus ab Beginn der zehnten Klasse ein freiwilliger Zusatzunterricht
5 angeboten werden, welcher den Transfer in die Oberstufe erleichtert.

6 Hier sollen vor allem in den Hauptfächern die Grundlagen geschaffen werden, den
7 Schulwechsel möglichst problemlos gestalten zu können und eventuelle Wissenslücken oder
8 fehlende Methodenkenntnisse aufzuarbeiten.

9 Des Weiteren soll es ermöglicht werden, das Fachabitur ohne weitere Praktika, Ausbildungen
10 oder beispielsweise ein FSJ direkt mit Bestehen der zwölften Klasse ermöglicht zu bekommen,
11 da diese zusätzlichen Leistungsnachweise keinen Einfluss auf das erreichte Bildungsniveau
12 haben und daher meist als unnötige Zeitverschwendung empfunden werden."

13

14 **Begründung:**

15

16 "Wird mündlich erbracht"



Antrag 106	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Wiedereinführung einer verbindlichen Laufbahneempfehlung nach der Grundschule**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz fordern die Wiedereinführung von verbindlichen
4 Laufbahneempfehlungen nach der Grundschule. Ziel dieser Maßnahme ist es, das Niveau an
5 allen Schulformen anzuheben und damit einhergehend den eigentlichen Standards wieder
6 anzupassen.

7 Um eventuellen Fehleinschätzungen durch Lehrkräfte oder Leistungsentwicklungen der
8 Schülerinnen und Schüler in hinreichendem Maße Rechnung zu tragen, soll parallel die
9 Möglichkeit geschaffen werden, diese Empfehlung vermittels eines zentral abgenommenen
10 Tests zu umgehen und damit die höhere Qualifizierung nachzuweisen."

11

12 **Begründung:**

13

14 "Wird mündlich erbracht"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

Antrag 107	
Antragsteller:	Bezirksvorstand (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Einführung einer kostenlosen Hausaufgabenbetreuung in der Grundschule**

2

3 "Die JuLis RLP fordern die Einführung einer freiwilligen und kostenfreien
4 Hausaufgabenbetreuung in der Grundschule.

5 Dieses Angebot kann einen wertvollen Beitrag zur Herstellung von Chancengerechtigkeit und
6 biografieunabhängiger Bildung leisten. Eine kostenlose Hausaufgabenbetreuung stellt einen
7 weiteren Schritt zum Ausgleich biografischer Nachteile dar, indem Kinder Unterstützung bei
8 den Hausaufgaben oder auch beim Lernen erhalten, die sie vielleicht im Elternhaus nicht
9 bekommen würden. Zusätzlich kann durch eine Absprache sichergestellt werden, dass die
10 Schülerinnen und Schüler ihre Hausaufgaben auch regelmäßig erledigen. Ein weiterer Vorteil
11 besteht in der Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier ist es beiden
12 Elternteilen möglich, ihre Arbeitszeit flexibler und auch umfangreicher zu gestalten. Dies ist im
13 Zeitalter des Fachkräftemangels ein wichtiger Beitrag zur Deckung der erforderlichen
14 Kapazitäten."

15

16 **Begründung:**

17

18 "ist dem Antragstext zu entnehmen"



Antrag 108	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Verpflichtender Schwimmunterricht**

2

3 "Wir fordern die Einführung des verpflichtenden Schwimmunterrichts als Bestandteil des
4 Sportunterrichts im Grundschulalter. Die Fähigkeit des Schwimmens kann im Fall der Fälle
5 Leben retten und ist daher ein wichtiger Teil der sportlichen Ausbildung junger Menschen.

6 Ein besonderes Augenmerk liegt hier vor allem auf der verpflichtenden Teilnahme an diesem
7 Unterricht. Diese darf unter keinen Umständen aus religiösen und weltanschaulichen Gründen
8 ausfallen oder untersagt werden. Die Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler ist im Notfall
9 mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Hier hat das Recht auf Bildung
10 oberste Priorität."

11

12 **Begründung:**

13

14 "Wird mündlich erbracht"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 109	
Antragsteller:	Marten Pukrop , LHG Mainz, LHG Hochschule Mainz (Marten Pukrop)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Update – Hochschulpolitik

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz setzen sich dafür ein, Hochschulpolitik wieder stärker in
4 den Fokus der Landespolitik zu rücken. Rheinland-Pfalz hat keine Exzellenz-Universitäten und
5 erreicht meistens nur knapp das Mittelfeld. Nicht nur finanzielle, sondern auch strukturelle
6 Änderungen und Anstrengungen sind notwendig.

7 Hochschulen als Hort der Demokratie und des Diskurses

8 Diskurs braucht Diskussion. Die Hochschulen haben daher dafür Sorge zu tragen, dass diese
9 möglich ist. D.h. niemand darf wegen seiner Meinung aus dem Diskurs ausgeschlossen werden,
10 solange seine Äußerungen im legalen Rahmen sind. Die Hochschulen haben ebenfalls dafür zu
11 sorgen, dass Diskurs möglich ist.

12 Kritik ist willkommen und erwünscht, aber nur, wenn sie auf Diskurs ausgerichtet ist. Aktionen
13 deren Ziel es nicht ist Diskurs zu führen, sondern lediglich die freie Meinungsäußerung des
14 Gegenübers zu verhindern, sind abzulehnen. Die Hochschule sind in der Pflicht Blockade ohne
15 demokratische Absicht durch das Hausrecht zu unterbinden.

16 Diskurs braucht Transparenz. Diese muss gestärkt werden. Wenigstens die Protokolle von
17 StuPa, AStA, Fachschaften, Senat und FBRs müssen hochschulöffentlich online verfügbar sein.

18 Zusätzlich müssen insbesondere Haushaltsabschlüsse und -pläne der Studierendenvertretung
19 unkompliziert bis 10 Jahre rückwirkend einsehbar sein, auch bei Fachschaften.

20 Studierende stärken

21 Eine starke Demokratie braucht eine starke Repräsentation aller Interessensgruppen.
22 Insbesondere die Rechte der Studierenden müssen noch gestärkt werden, aber auch die
23 Studierendenvertreter müssen sich noch öfter auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.
24 Ein Gremium in dem die Professoren mit einer Mehrheit gegenüber Studierenden und
25 Mitarbeitern durchregieren können, hat und braucht keinen Diskurs. Alle Gremien mit
26 Entscheidungsgewalt sind daher mit mindestens genauso vielen Studierenden wie Professoren
27 zu besetzen.
28 Außerdem sollen die Studierendenschaften das Verbandsklagerecht gegenüber der
29 Hochschule erhalten, um Verletzungen von Rechten ihrer Studierenden wirksam zu begegnen.
30 Um aber auch proaktiv unwirksame Regelungen zu verhindern, sollen Vertreter der Gremien
31 außerdem ein Normenkontrollklagerecht erhalten.]
32 Die akademische Freiheit ernst nehmen
33 Die akademische Freiheit ist Grundstein für den Erfolg des akademischen Systems, sie darf aber
34 weder Freifahrtschein für Kontroll- und Vernunftfreies handeln sein, noch darf sie nur einseitig
35 gelten. Die Freiheit der Professoren muss sich in einem gesunden Verhältnis zur Freiheit der
36 Studierenden befinden.
37 Anwesenheitspflichten sind ein enormer Eingriff in die Freiheit des Individuums. Entsprechend
38 restriktiv sind sie einzusetzen und Verstöße zu ahnden. Nur wenn praktische Fähigkeiten wie
39 bei Laborpraktika vermittelt werden und der Lernfortschritt nicht sinnvoll durch Prüfungen
40 feststellbar ist, darf Anwesenheit zur Pflicht werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass
41 es ausreichende Flexibilität gibt.
42 Freiheit ist keine Erlaubnis schlecht zu sein oder vereinbarte Standards zu ignorieren.
43 Studierende werden exmatrikuliert, wenn sie die geforderten Standards in Prüfungen mehrfach
44 nicht erreichen. Dies muss ebenfalls für die Lehrenden gelten. Die Freiheit der Lehre ist nicht
45 die Erlaubnis schlecht zu sein oder egoistisch zu handeln. Durch die Gremien vereinbarte
46 Standards sind einzuhalten. Die Freiheit der Lehre endet dort, wo die Ausbildung mit einem
47 hochwertig qualitativen Abschluss gefährdet wird. Prüfungen dürfen schwer sein, aber das Ziel
48 dürfen nicht hohe Durchfallquoten sein, sondern das Ziel muss immer die wissenschaftliche

- 49 Feststellung des Lernerfolgs sein. Lösungshorizonte für Prüfungsleistungen sind dabei nicht die
50 Kür, sondern Pflicht.
- 51 Die akademische Freiheit gilt ebenso in der Forschung. Externe Eingriffe, wie Zivilklauseln,
52 lehnen wir ab, insbesondere, wenn es um Drittmittelprojekte geht.
- 53 Bildung ist eine Investition
- 54 Einer der wichtigsten Pfeiler einer funktionierenden Hochschullandschaft ist eine angemessene
55 Finanzierung, hier ist dringender Handlungsbedarf. Rheinland-Pfalz ist aktuell auf Platz 14
56 (Unis) bzw. 9 (FHs) im Bundesländervergleich.
- 57 Bildung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, aber nicht als Selbstzweck. Bildung
58 ist Grundlage für eine funktionierende, demokratische Gesellschaft. Bildung ist aber
59 darüberhinausgehend auch eine Investition. Und Investitionen haben gewisse Kriterien, das
60 wichtigste ist dabei: Die Summe der Erträge ist größer als die Summe der Ausgaben.
- 61 Die Verteilung zusätzlicher Mittel sollte daher mehrheitlich gewinnorientiert sein.
62 Mangelstudiengänge mit hohem erwartetem Steueraufkommen sind besonders zu fördern.
- 63 Ebenso ist die Hochschulzulassung am erwarteten Erfolg zu orientieren. Ja, ein Studium ist auch
64 eine Findungsphase und für viele Teil des Erwachsenwerdens und Scheitern trägt viel zum
65 Lernen bei. Dies ist eine nicht zu unterschätzende Funktion des Studiums und entsprechend ist
66 ein Studienabbruch weder schlecht noch ungewollt. Aber trotz allem ist die
67 Hochschulzulassung anhand von nichtdiskriminierenden Kriterien am zu erwartenden
68 Studienerfolg auszurichten, solange die Kosten des Verfahrens in einem gesunden Verhältnis
69 zu den Kosten des Studiums stehen.
- 70 Die Beteiligung von Unternehmen an der Hochschulfinanzierung sollte nicht kategorisch
71 ausgeschlossen sein, gerne dürfen diese sich mit Kooperationen beteiligen, solange
72 sichergestellt ist, dass sie keinen unangebrachten Einfluss auf Lehre und Forschung haben. Das
73 Verhältnis von Umsätzen und Nutzen muss dabei in einem gesunden Verhältnis bleiben.
- 74 Option:
- 75 Generationenvertrag für Studierende
- 76 Das Betreiben von Hochschulen ist teuer und die Schuldenbremse und das Kooperationsverbot
77 verhindert Investitionen. Um trotz allem, Investitionen in das wichtigste volkswirtschaftliche

78 Gut zu ermöglichen, müssen die Hochschulen das Recht erhalten, sich durch einen
79 Generationenvertrag zu finanzieren.

80 Ein aus mehrheitlich studentischen Vertretern bestehendes Gremium erhält das Recht
81 Studienbeiträge bis zu 500€ pro Semester festzulegen, welche aber erst erhoben werden
82 dürfen, wenn der Student (nach seinem Abschluss) über dem Durchschnittseinkommen
83 verdient.

84 Nicht nur die Lehre, auch der Student braucht Geld

85 Neben einer ausreichenden Finanzierung der Lehre ist ebenfalls sicherzustellen, dass die
86 Studierenden ausreichend Geld zur Verfügung haben. Niemand soll sich aus finanziellen
87 Gründen gegen ein Studium entscheiden müssen, ein Studium soll aber auch nicht ein Garant
88 für ein quasi bedingungsloses Grundeinkommen sein.

89 Das BAföG ist hier ein wichtiges Instrument um insbesondere Personen aus
90 einkommensschwachen Schichten das Studium zu ermöglichen.

91 BAföG ist Bundessache und ernsthafte Verbesserungen sind nicht absehbar. Entsprechend
92 sollte das Land Rheinland-Pfalz sich zumindest dafür einsetzen, dass die Prozesse, die in Hand
93 des Landes sind, verbessert werden. Ein erster Schritt wäre hier eine rechtsverbindliche
94 Antragsstellung und Rückmeldung online, denkbar wäre hier z.B. die Nutzung der de-Mail.
95 Langfristig soll aber der gesamte Verwaltungsprozess digitalisiert und die Dunkelverarbeitung
96 erhöht werden.

97 Insbesondere in der Verbindung von Studium und Beruf ist aber noch Potential für eine bessere
98 Studienfinanzierung.

99 Beruf und Studium verbinden

100 Bereits jetzt geht mehr als die Hälfte der Studierenden arbeiten um sich ihr Studium zu
101 finanzieren. Richtig verbunden hilft die berufliche Tätigkeit dabei auch, die Ausbildung und das
102 Lernen zu verstärken. Diese Synergieeffekte sind zu nutzen und zu fördern, was aktuell noch
103 mangelhaft ausgeprägt ist. Eine fachliche Verbindung aus Beruf und Studium darf nicht mehr
104 die Ausnahme sein, sondern sollte der Regelfall werden.

105 Um dies zu ermöglichen sollten alle Studiengänge (außer in Sonderfällen) die Möglichkeit des
106 Wechsels in eine Teilzeitprüfungsordnung ermöglichen, die eine geringere ECTS-Last pro

- 107 Semester hat, wenn eine praktische Tätigkeit von 19,5h mit fachlicher Nähe nachgewiesen
108 werden kann. Die Anerkennung der Tätigkeit obliegt dabei der Hochschule. Besondere
109 organisatorische Anstrengungen der Hochschule sind dabei nicht Pflicht, sollten aber
110 angestrebt werden um Beruf und Studium zu vereinen. Die Hochschulen sollen bei besonderen
111 Aufwänden (z.B. Vorlesungen samstags) und ausreichender Nachfrage das Recht haben,
112 Unternehmensbeiträge für ihre Aufwände zu erheben.
- 113 Insbesondere in Studiengängen, in denen der zukünftige Arbeitgeber wahrscheinlich der Staat
114 ist, sind klar richtige berufs begleitende Studiengänge anzustreben.
- 115 Alle Hochschulen, auch Universitäten, sind anzuhalten die Vermittlung zwischen Arbeitgebern
116 und Studierenden zu fördern.
- 117 Die Hochschule sind anzuhalten eine gute Vereinbarkeit von Studium und Beruf zu
118 ermöglichen, insbesondere in solchen Berufen, in denen kein flexibler Einsatz möglich ist.
- 119 Dabei sollte nicht nur das Angestelltenverhältnis gefördert werden, sondern auch das
120 Unternehmertum. Studierenden, die während des Studiums gründen wollen, sollte ein
121 Urlaubssemester ermöglicht werden.
- 122 Option
- 123 Universitäten und Fachhochschulen unterscheidbar halten
- 124 Fachhochschulen und Universitäten haben unterschiedliche Ansätze und Ziele. Die aktuelle
125 Annäherung sehen wir als nicht zielführend an, sondern vor allem als einen Kampf um
126 Attraktivität und damit vor allem um Gelder.
- 127 Universitäten und Fachhochschulen sollen wieder stärker ihr Profil schärfen. Universitäten
128 bereiten auf eine wissenschaftliche Karriere vor, Fachhochschulen auf eine in der Praxis. Bei
129 der Mittelzuteilung sollte zukünftig klar zwischen Lehre und Forschung unterschieden werden,
130 damit Forschungsfinanzierung nicht von hohen Studierendenzahlen abhängig ist. In der Lehre
131 sind beide Hochschularten dabei finanziell gleichzustellen.
- 132 Ein Promotionsrecht für Fachhochschulen lehnen wir ab, allerdings sollte ein FH-Studium eine
133 wissenschaftliche Karriere auch nicht unmöglich machen. Kooperations- und
134 Wechselmöglichkeiten die auf mehr als gutem Willen basieren sind daher zu forcieren.
- 135 Option:



136 Reform der Studierendenwerke

137 Der Bereich Gastronomie der einzelnen Studierendenwerke ist in eigenständige GmbHs zu
138 überführen und zu privatisieren. Der primär für die Subventionierung des studentischen Essens
139 erhobene Studierendenwerksbeitrag wird weiterhin von den Studierendenwerken erhoben
140 und verwaltet, die Höhe aber wird von den beteiligten Studierendenschaften in einer
141 gemeinsamen Körperschaft festgelegt. Alle Gastro-Betriebe die nach festgelegten Kriterien den
142 Versorgungsauftrag für Studierende erfüllen, können anteilige Subventionierung aus diesen
143 Mitteln beantragen, deren Höhe mehrheitlich an der Zahl der verkauften Essen zu definieren
144 ist."

145

146 **Begründung:**

147

148 "Wird mündlich erbracht"

149

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren

Antrag 110	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Abschaffung der Winterferien im rheinland-pfälzischen Schulsystem**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz fordern die Abschaffung der Winterferien aus dem
4 rheinland-pfälzischen Schulsystem."

5

6 **Begründung:**

7

8 "Bereits im Jahr 2015 wurde vom Bildungsministerium unter der Ressortchefin Vera Reiß (SPD)
9 beschlossen, den ursprünglich von der CDU-Landtagsfraktion ausgehenden Forderungen einer
10 Einführung von Pfingst- beziehungsweise Winterferien nachzukommen. Doch bereits im ersten
11 Jahr, in dem diese Neuregelung umgesetzt wird, wird erkennbar, dass das neue Ferienkonzept
12 sein Ziel, eine Entlastung für Schüler und Lehrer zu sein, verfehlt. Mehrere Aspekte fanden in
13 dieser Änderung nicht die notwendige Beachtung.

14 Hierbei liegt ein erster Kritikpunkt in der Art, wie die neue Bestimmung getroffen wurde, denn
15 insbesondere für Schüler und Lehrer weist das neue System maßgebliche Konsequenzen auf.
16 Aus diesem Grund sollten die Betroffenen bei dieser – und zukünftigen - Debatten stärker in
17 den Prozess der Entscheidungsfindung integriert werden.

18 Des Weiteren bedeutet die Einführung der Pfingst- und Winterferien die Kürzung anderer
19 Ferien. Diese betreffen entweder die Oster- oder die Weihnachtsferien, wodurch jedes Jahr
20 eine von beiden statt zwei nur noch ungefähr eine Woche beträgt. Jedoch bringt auch diese
21 Aufspaltung einige negativen Auswirkungen für Schüler und Lehrer mit sich.

22 Wissenschaftlichen Studien zufolge können Menschen erst nach acht freien Tagen
23 hintereinander richtig „abschalten“ und sich erholen. Dementsprechend wird bei dem
24 Durchschnitt der Schüler und Lehrer sowohl nach den Pfingst- oder Winterferien als auch nach
25 den Weihnachts- oder Osterferien kaum ein Erholungseffekt zu verzeichnen sein. Somit stellt
26 sich das System der zweiwöchigen Weihnachts- und Osterferien als effektiver für Schüler und
27 Lehrer dar.

28 Zusätzlich bedeutet die Neuregelung auch einige organisatorische Komplikationen, da
29 beispielsweise im Jahr 2019 lediglich sieben Wochen zwischen den Weihnachts- und
30 Winterferien und auch nur knapp über sieben Wochen zwischen den Winter- und den
31 Osterferien liegen. Allerdings müssen in diesem Zeitraum nicht nur Unterrichtsinhalte von den
32 Lehrern vermittelt werden, sondern auch in allen Fächern Leistungsnachweise der Schüler
33 eingeholt werden. Sicherlich ist dies in einer Zeit von sieben Wochen möglich, doch muss
34 bedacht werden, dass erst eine Wissensgrundlage geschaffen werden muss, welche schließlich
35 abgefragt werden kann. Zudem bedeuten alle Ferien eine Unterbrechung für Schüler und
36 Lehrer, weshalb es nicht praktikabel ist, im sofortigen Anschluss an jegliche Ferien,
37 Leistungsnachweise von den Schülern anzufordern. Demnach kommt es insbesondere in der
38 Mainzer Studienstufe zu einer Ballung der Klausuren auf einen sehr begrenzten Zeitraum.
39 Neben der Belastung und dem zusätzlichen Stress für Lehrer und Schüler können
40 Leistungsdefizite eine Folge der Winter- und Pfingstferien bedeuten. "

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 111	
Antragsteller:	JuLis Alzey-Worms, Liberale Schüler RLP (Raphael Wedemeyer)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 **Bringen wir unsere Lehrer ins 21. Jahrhundert – verpflichtende Digitalisierungsfortbildungen**
2 **für alle Lehrer**
3
4 "So langsam läuft die Ausstattung unserer Schulen mit technischen Mindeststandards an und
5 immer häufiger stellt nicht mehr die technische Grundausstattung, sondern die Lehrkraft den
6 Bremsklotz der digitalen Bildung dar. Die besten Möglichkeiten des digitalen Klassen-zimmers
7 können nicht ausgeschöpft werden, wenn die Lehrkraft zum Aktivieren eines Computers oder
8 der interaktiven Tafel einen Schüler rufen muss. Um dem entgegenzuwirken muss das hierfür
9 zuständige Pädagogische Landesinstitut beauftragt werden, bei allen Lehrkräften für eine
10 digitale Grundbildung zu sorgen. Es gibt zwar bereits Angebote, aber diese können jedoch
11 einerseits aus zeitlichen Gründen nicht von allen Lehrkräften genutzt werden und andererseits
12 auf Grund der nicht ausreichenden Ausstattung des Instituts auch nicht in ausreichendem
13 Maße angeboten werden (genaue Teilnehmerzahlen etc. in der Quelle). Nicht nur der sinnvolle
14 Einsatz der digitalen Medien, sondern gerade auch der sichere Umgang mit den eigenen Daten
15 muss von den Lehrern vermittelt werden können. Hierzu müssen Lehrkräfte eben als Vorbilder
16 fungieren.
17
18 Deshalb fordern wir:
19 -Die schnellstmögliche Schaffung der personellen Ressourcen um jeden Lehrer fortzubilden.
20 -Verpflichtende Digitalisierungsfortbildungen für alle Lehrkräfte in RLP, in denen
21 -der sichere Umgang mit den vorhandenen Geräten (interaktive Tafel, PC, Tablets,
22 Dokumentenkameras etc.) und Programme bzw. Apps,



- 23 -der sichere Umgang mit den eigenen Daten sowie
- 24 -der Umgang mit interaktiven digitalen Lehrmethoden gelehrt wird.
- 25 Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die technischen Neuausstattungen nicht in den
- 26 Klassenzimmern verstauben und digitale Grundkenntnisse an die Schüler weitergegeben
- 27 werden können.
- 28
- 29 Quelle: [https://bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/p_files-Materialien-PL_Publikationen-](https://bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/p_files-Materialien-PL_Publikationen-Jahresberichte-Jahresbericht_2017_WEB-FINAL.pdf)
- 30 [Jahresberichte-Jahresbericht_2017_WEB-FINAL.pdf](https://bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/p_files-Materialien-PL_Publikationen-Jahresberichte-Jahresbericht_2017_WEB-FINAL.pdf)
- 31 "
- 32
- 33 **Begründung:**
- 34
- 35 "Wird mündlich erbracht."

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 201	
Antragsteller:	Matthias Keidel, Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Kein Judenhass in Rheinland-Pfalz**

2

3 "Kein Judenhass in Rheinland-Pfalz – Antisemitismus umfassend bekämpfen

4

5

6

7 Wir JuLis Rheinland-Pfalz verurteilen jede Form des Antisemitismus. Deutschland trägt vor dem
8 Hintergrund seiner Geschichte, der Vertreibung und millionenfachen Ermordung europäischer
9 Juden, eine besondere Verantwortung im Kampf gegen den Antisemitismus. Wir sind dankbar,
10 dass es nach dem Holocaust wieder jüdisches Leben in unserem Bundesland gibt. Dieses wollen
11 wir schützen, denn es bereichert unsere Gesellschaft. Parteien, Vereinen, andere
12 zivilgesellschaftliche Gruppierungen haben eine besondere Verantwortung deutlich zu
13 machen, dass auch in ihren Reihen kein Platz für Antisemitismus ist. Eine Vielzahl der
14 Antisemitismusvorfälle hat ihren Ursprung im rechtsextremen Spektrum. Deshalb müssen wir
15 unseren Kampf auch gegen „Rechts“ verstärken. Antisemitismus hat in Rheinland-Pfalz keinen
16 Platz.

17

18

19

20 Deshalb fordern wir:

21

22

23

24 -das zivilgesellschaftliche Engagement weiterhin umfassend zu fördern. Die
25 Antisemitismusprävention muss in der politischen und kulturellen Bildung eine wichtige Rolle
26 einnehmen. Für solche Initiativen, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus verpflichtet
27 haben, müssen wir Planungssicherheit gewährleisten,

28

29 -Gedenkstätten zu fördern, zu pflegen sowie ihren Bestand zu sichern. Außerdem halten wir es
30 für wichtig, dass jede Schülerin und jeder Schüler eine Gedenkstätte im Rahmen der
31 Schullaufbahn besucht hat.

32

33 -die Einrichtung eines Schulaustauschprogrammes zwischen deutschen und israelischen
34 Schulen, das vom Land Rheinland-Pfalz finanziert wird.

35

36 -Lehrer und Erzieher für Antisemitismus zu sensibilisieren und zu schulen, um bereits früh
37 Präventivmaßnahmen einzuleiten. Dies soll im Rahmen der Aus- und Weiterbildung geschehen.
38 Die didaktischen und pädagogischen Bildungsinhalte müssen auf die gesellschaftlichen
39 Herausforderungen der Zeit eingestellt werden um Lehrer für eine Mediation und Sanktion der
40 Schüler, Auszubildenden und Kinder bei antisemitischen-, sexistischen- oder rassistischen oder
41 anderen menschenverachtenden Entgleisungen vorzubereiten.

42

43 -die Möglichkeiten des Straf- und Versammlungsrechts auszuschöpfen, um entschieden und
44 wirksam gegen das öffentliche Verbrennen der israelischen Flagge oder anderer Symbole des
45 israelischen Staates und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von öffentlichen
46 Versammlungen und Aufzügen vorzugehen,

47

48 - dass die Möglichkeiten des § 54 Abs. 1 Nr. 5 Aufenthaltsgesetz von der Landesregierung in
49 Rheinland-Pfalz konsequent genutzt werden, um Ausländer des Landes zu verweisen, die zu
50 antisemitischem Hass aufrufen,

51



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

52 -dass antisemitische Straftaten im Verfassungsschutzbericht wieder explizit ausgewiesen
53 werden,

54

55 -den Austausch über und die Abstimmung von Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung
56 und -prävention Bundesländer übergreifend weiter zu verbessern."

57

58

59 **Begründung:**

60

61 "Erfolgt mündlich"

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**

Antragsbuch 78. Landeskongress

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße



junge liberale
Rheinland-Pfalz

Antrag 202	
Antragsteller:	Andreas Büsch (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Gender-Wahnsinn stoppen**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz verurteilen den überbordenden Gender-Wahnsinn.

4 Natürlich soll es jedem freistehen, sein Leben individuell zu gestalten. Denn diese

5 Selbstbestimmung ist ein wichtiges Privileg unserer Gesellschaft. In Frage zu stellen ist hierbei

6 jedoch, inwieweit man dabei durch den Drang zur übertriebenen politischen Korrektheit

7 beeinflusst wird.

8 Zudem verschlingt dieser Gender-Wahnsinn irrwitzige Summen Geldes, das anderswo

9 sinnvoller eingesetzt werden könnte."

10

11 **Begründung:**

12

13 "Wird mündlich erbracht"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 203	
Antragsteller:	Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Kinderchancengeld - Investition in unsere Kinder**

2

3 "Wir wollen Kinderarmut endlich durch effektive und nachhaltige Reformen bekämpfen. Die
4 Kinder rücken mit einem eigenen Anspruch in den Mittelpunkt der familienpolitischen
5 Förderung und es wird ihnen durch Bildungszugang und Chancengerechtigkeit die Grundlage
6 für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Verantwortung geschaffen. Die bisherigen
7 kindesbezogenen Leistungen sollen daher im Kinderchancengeld gebündelt, vernetzt und
8 vereinfacht werden, um alle berechtigten Kinder zu erreichen. So entsteht ein einheitlicher
9 Anspruch an einer zentralen Stelle. Alle Prozessschritte, die dafür notwendig sind, werden im
10 Hintergrund digital zusammengeführt. Durch dieses „One-Face-to-the-Customer-Prinzip“
11 finden die Menschen die Beratung, Beantragung und Auszahlung bei einer Kontaktstelle bei der
12 Familienkasse. Nach Umsetzung des OZG (Onlinezugangsgesetz) finden die Antragsteller
13 bereits einen vorausgefüllten Antrag vor, der alle vorhandenen Dokumente enthält. Im
14 Kinderchancengeld gehen die bisher kindesbezogenen, an die Eltern materiell ausgezahlten
15 Transferleistungen auf (z. B. Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss, Auswirkungen
16 von Kindern auf das Wohngeld, Leistungen für Kinder aus dem SGB II, Bildungs- und
17 Teilhabepaket). In der Konsequenz entsteht ein für das jeweilige Kind abgestimmtes
18 Leistungspaket, das den Erziehungsberechtigten teils als Geldzahlung und teils als Leistungen,
19 die sie durch einen zeitgemäßen digitalen Zugang erhalten können, zugeführt wird. So
20 erreichen die Leistungen die Kinder in allen Familienformen. Kinder in einer
21 Bedarfsgemeinschaft mit ALG-II-Empfängern, werden aus der Bedarfsgemeinschaft
22 herausgelöst, damit das Kinderchancengeld ein eigenständiger Anspruch des Kindes wird. Diese

23 rechtliche Neuausrichtung macht es bei gerichtlichen Verhandlungen einfacher, den Fokus
24 eindeutig auf das Kindeswohl zu richten. Der Anspruch wird zwar in der Regel von den
25 Sorgeberechtigten bewirtschaftet, kann aber bei unterversorgten Kindern vom Jugendamt
26 verwaltet werden. Gleichzeitig muss innerhalb einer familienfreundlichen Frist die Bearbeitung
27 und Auszahlung erfolgen. Zur Not müssen Verzugszinsen entsprechende Anreize setzen. Ein
28 zentraler Teil wird die wirkungsvolle Ausweitung bei der Bildung und Chancenförderung sein,
29 um dabei Teilhabe und Bildungszugang für alle Kinder zu gewährleisten. Das Kinderchancengeld
30 besteht aus folgenden drei aufeinander abgestimmten Säulen, die zusammen die neue
31 Förderung bilden:

32

33 1.Grundbetrag – Einkommensunabhängig Jedes Kind hat Anspruch auf einen klar definierten
34 Grundbetrag. Die Höhe orientiert sich an der Summe der aktuellen einkommensunabhängigen
35 Leistungen (bish. Kindergeld), wird jedoch nicht mehr nach der Zahl der Kinder differenziert.
36 Die genaue Höhe wird im regelmäßigen Abstand nach verfassungsrechtlichen Maßgaben von
37 einer Kommission ermittelt. Den Grundbetrag können Eltern direkt nach der Geburt des Kindes
38 ohne zusätzlichen Antrag mit der Anmeldung des Kindes beim Standesamt erhalten. Dafür
39 werden die erforderlichen Daten vom Standesamt an die Familienkasse weitergeleitet. Dazu
40 müssen die bestehenden rechtlichen Hürden, wie die vorgegebene Schriftform (§ 67 EstG)
41 abgeschafft und die Regelung über die elektronische Kommunikation (§ 3a VwVfG) erweitert
42 und konkretisiert, sowie die digitale Infrastruktur zwischen den Ämtern angepasst werden. Mit
43 dem im August 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz (OZG) sind zudem Bund, Länder
44 und Kommunen verpflichtet, bis spätestens 2022 ihre Verwaltungsleistungen in einem Verbund
45 ihrer Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Dadurch wird eine digitale Vernetzung aller
46 Förderungen möglich.

47

48 2.Flexibetrag - Einkommensabhängig Die Höhe des Flexibetrages hängt vom Einkommen der
49 Eltern ab. Mögliche weitere Kriterien neben dem zu versteuernden Einkommen können sein,
50 ob ein Elternteil alleinerziehend ist oder die Anzahl der Kinder in der Lebensgemeinschaft.
51 Einbezogen werden insbesondere die Leistungen für Kinder im Rahmen des SGB II (Sozialgeld

52 und Kinderzuschlag in HartzIV-Bedarfsgemeinschaften) und der rechnerische Anteil am
53 Wohngeld, Unterkunft und Heizung sowie Kinderwohngeld mit dem Ziel, wirtschaftliche
54 Stabilität für Familien zu erreichen. Wir werden dabei achten, dass es nicht zu mehr Bürokratie
55 für die Familien insgesamt kommt. Eigenes Einkommen (Taschengeldjobs) eines
56 minderjährigen Kindes erhält, ähnlich wie beim Liberalen Bürgergeld, einen abgestuften
57 Freibetrag, um sich aktivierend auszuwirken.

58

59 3.Chancenpaket - für Bildung und Teilhabe Das Chancenpaket ist ein wirkungsvolles Instrument
60 für Chancengerechtigkeit und bietet einen unbürokratischen Zugang zu Bildung und Teilhabe
61 für die Kinder. Neben den bisherigen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets findet eine
62 Ausweitung mit einer deutlichen Vergrößerung der Leistungen im Bereich Bildung und Chancen
63 statt. Das Chancenpaket stärkt die Selbstbestimmung, die Eigenverantwortung und die
64 Chancengerechtigkeit – unabhängig von der sozialen Lage oder der Herkunft. Kinder stellen so
65 nicht mehr ein Armutsrisiko dar. Über die Einführung eines zeitgemäßen digitalen Zugangs wird
66 die Nutzung erleichtert. Mit seiner Hilfe wird der Zugang zu den verschiedenen Leistungen weit
67 unkomplizierter für die Kinder werden. Sie können ihre Unterstützung frei wählen und wir
68 ermöglichen im Hintergrund alles Nötige. Bei der Fokussierung des Kinderchancengeldes auf
69 diesen zentralen Punkt folgen wir damit den Erfahrungen der Fachkräfte vor Ort. Durch einen
70 digitalen Zugang der Kinder wird sichergestellt, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe
71 direkt bei den Kindern ankommen. Eltern und ihre Kinder können durch ihre Nachfrage
72 wichtige Impulse im Markt geben. So soll zum Beispiel die Mitgliedschaft im Sportverein oder
73 das Erlernen eines Musikinstrumentes in einer Musikschule unbürokratisch erfolgen können.
74 Aber auch gesundes Essen, Schulbedarf, soziale Teilhabe in Freizeiteinrichtungen bis hin zu
75 Nachhilfe werden integriert.

76 "

77

78 **Begründung:**

79

80 "Erfolgt mündlich "



Antrag 204	
Antragsteller:	Matthias Keidel, Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Liebe und Verantwortung in Freiheit**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz setzen sich für die Einführung der
4 Verantwortungsgemeinschaft als Rechtsinstitut neben der Ehe ein. In einer Zeit, in der
5 traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an
6 neuen Formen gegenseitiger Übernahme von Verantwortung. Deshalb wollen wir im
7 Bürgerlichen Gesetzbuch neben der Ehe das Rechtsinstitut der Verantwortungsgemeinschaft
8 mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme zwischen zwei oder mehreren
9 Personen einführen. Begünstigungen durch den Staat im Steuer- und Sozialrecht, aber auch im
10 Erbrecht, sind nur gerechtfertigt, wenn die Partner volle Unterhalts- und Einstandspflichten wie
11 Ehepaare übernehmen. Die Ehe als Verbindung zwischen zwei Menschen bleibt hiervon
12 unberührt."

13

14 **Begründung:**

15

16 "mündlich "



Antrag 205	
Antragsteller:	Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel (Matthias Keidel)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Konsequent für die moderne Gesellschaft, Gleichberechtigung und gegen Gewalt**

2

3 "Wir Junge Liberale Rheinland-Pfalz treten für ein Gesellschaftsbild ein, in dem alle Menschen
4 unabhängig ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt sind.
5 Diskriminierung treten wir konsequent entgegen. Als liberale Jugendorganisation denken wir
6 Politik vom einzelnen Menschen aus. Solange sie oder er niemandem damit schadet,
7 respektieren wir den Lebensentwurf eines jeden Menschen.

8

9 Für eine Politik des individuellen Lebensentwurfs

10

11 Eine Gesellschaftspolitik, die auf dem Fundament klassischer Rollenbilder aufbaut, ist kein
12 liberaler Entwurf. Wir Junge Liberale stehen für eine Politik, die die Einzelne bzw. den Einzelnen
13 ermutigt, zu sich und ihrem bzw. seinem einzigartigen Lebensentwurf zu stehen.

14

15 Damit künftige Generationen unabhängig, vorurteilsfrei und ohne gesellschaftlichen Druck
16 entscheiden können, welchen Beruf sie ergreifen möchten, in welcher Konstellation sie
17 verantwortungsvoll zusammenleben möchten oder wie sie sich selbst definieren, braucht es
18 Vorbilder, die mutig vorangehen.

19

20 Deshalb unterstützen wir:

21



- 22 - spezifische Angebote für Mädchen und Jungen in der Offenen Jugendarbeit, um
23 Möglichkeiten fernab klassischer Rollenbilder aufzuzeigen,
24
- 25 - Initiativen wie den Girls' Day oder Boys' Day, um neue Perspektiven in der Berufsorientierung
26 und Lebensplanung zu eröffnen,
27
- 28 - Programme wie das „Ada Lovelace Mentoring“, um junge Menschen für derzeit nicht
29 geschlechtertypische Ausbildungsberufe und Studiengänge zu begeistern,
30
- 31 - die Initiativen „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ und die „Strategie Vielfalt“, um die
32 Akzeptanz queerer Lebensweisen zu steigern,
33
- 34 - das Projekt „SchLAu RLP“, damit ergänzend zum Lehrplan hinsichtlich sexueller Orientierung
35 und geschlechtlicher Vielfalt an Schulen aufgeklärt wird und
36
- 37 - die Arbeit der Landesantidiskriminierungsstelle sowie von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., die
38 eine Fülle an Projekten und Initiativen innerhalb der Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik
39 bündeln.
40
- 41 Zudem fordern wir dazu auf, im Rahmen der politischen Möglichkeiten auf die Schließung der
42 sogenannten Gender Pay Gap hinzuwirken.
43
- 44 Sexismus und Gewalt im sozialen Nahbereich bekämpfen
45
- 46 Wir Junge Liberale treten Sexismus und Gewalt konsequent entgegen. Wir stellen fest, dass
47 diese Phänomene derzeit noch geschlechtsspezifisch diskutiert und bekämpft werden. Im
48 Koalitionsvertrag der rheinland-pfälzischen Landesregierung wird Sexismus beispielsweise
49 einzig als Belästigung gegenüber Frauen definiert und die Infrastruktur an Hilfsangeboten für
50 von Gewalt betroffene Menschen zielt einzig auf Mädchen und Frauen ab.

51

52 Es ist absolut richtig und notwendig, dass es ein eigenständiges Politikfeld gibt, das sich mit der
53 Hilfe speziell für Mädchen und Frauen beschäftigt. Und es ist auch absolut richtig und
54 notwendig, dass Mädchen und Frauen eigene Schutzräume zugesichert werden.

55

56 Dennoch möchten wir den politischen Blick auch auf Gewalt gegen Jungen und Männer richten.
57 Aus der Kriminalistischen Auswertung zur Partnerschaftsgewalt des Bundeskriminalamtes des
58 Jahres 2017 geht hervor, dass Opfer partnerschaftlicher Gewalt zu knapp 19 Prozent männlich
59 sind. Viele Taten werden nicht dokumentiert. Sie verschwinden in einem aus Scham, Angst und
60 Abhängigkeit gespeisten Dunkelfeld. Wir Junge Liberale fordern Strukturen, die allen Menschen
61 fernab ihres Geschlechts Beratung, Unterstützung und Zuflucht bieten, wenn sie Opfer von
62 psychischer, physischer oder sexueller Gewalt sind.

63

64 Wir unterstützen die Arbeit der Frauenhäuser, Notrufe und Interventionsstellen sowie
65 insbesondere das „Rheinland-Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen
66 Beziehungen“ (RIGG) und wollen deren Förderung auch mit Blick auf die Istanbul-Konvention
67 bedarfsgerecht ausbauen. Gleichzeitig fordern wir aber dazu auf, die Strukturen dahingehend
68 zu überprüfen, ob sie auch den Bedarfen von Menschen gerecht werden, die nicht dem
69 weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen."

70

71 **Begründung:**

72

73 "Wird mündlich erbracht."

Antragsbuch 78. Landeskongress



junge liberale
Rheinland-Pfalz

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

Antrag 301	
Antragsteller:	Ann-Kathrin Johann, Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Ja zum Fördern und Fordern!**

2

3 "Wir JuLis Rheinland-Pfalz bekennen uns zu dem bewährten Prinzip des Fördern und Forderns
4 in der Sozialpolitik. Wer die Hilfsbereitschaft der Solidargemeinschaft berechtigt in Anspruch
5 nimmt, muss natürlicherweise auch eine Bereitschaft zur Gegenleistung aufbringen. Wir halten
6 am Sanktionsprinzip im Hartz-IV-System fest. Außerdem fordern wir mehr Sachbearbeiter--
7 STERN--innen für die Job-Center, um einen besseren Betreuungsschlüssel und damit auch eine
8 effektivere Beratung für Arbeitssuchende zu gewährleisten."

9

10 **Begründung:**

11

12 "Mündlich"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren

Antrag 302	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Gründungszuschuss für Landärzte**

2

3 "Die Julis RLP fordern, dass die Landesregierung einen Gründungszuschuss für Landärzte ins
4 Leben ruft. Die Ärzte sollen, wenn sie sich in ländlichen Räumen niederlassen und dort
5 selbständig eine Praxis eröffnen oder übernehmen, eine staatliche Prämie erhalten. Diese
6 Prämie müssen sie nicht zurückzahlen, wenn sie mindestens 10 Jahre in ihrer Region als Arzt
7 tätig bleiben. Verlassen die Ärzte den ländlichen Raum vor dem Ablauf von 10 Jahren, müssen
8 sie die Prämie zurückerstatten. Die Höhe der Prämie soll sich anhand bestimmter Parameter
9 nach dem ortsspezifischen Bedarf und dem fachspezifischen Aufwand der Arztpraxis ermitteln
10 lassen. Voraussetzung für die Auszahlung der Prämie ist zudem, dass die Ärzte über eine
11 kassenärztliche Zulassung verfügen, sie gewisse Mindestöffnungszeiten einhalten und sie in
12 bestimmtem Maße an den für ihren Medizinbereich eingerichteten Notdiensten mitwirken."

13

14 **Begründung:**

15

16 "Wird mündlich erbracht"



Antrag 303	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Ärztlichen Unterbau im Angesicht des demographischen Wandels stärken**

2

3 "Die JuLis RLP fordern, dass die Landesregierung mit einer Förderrichtlinie die Ausbildung
4 junger Menschen in Gesundheitsberufen unterstützt. Nach dem Vorbild von NRW, wo eine
5 gleichlautende Initiative auf Betreiben der FDP durchgesetzt wurde, soll angestrebt werden,
6 dass die Schüler nicht mehr selbst das Schulgeld aus eigener Tasche zahlen müssen, sondern
7 stattdessen die Landesregierung bis zu 70% der für diese Ausbildungen fälligen Schulgelder
8 finanziert. Damit soll der ärztliche Unterbau im Angesicht des demographischen Wandels und
9 des Fachkräftemangels gestärkt werden."

10

11 **Begründung:**

12

13 "Wird mündlich erbracht"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 401	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Neuregelung der Kommunalfinanzen in RLP maßlos ungerecht**

2

3 "Die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) durch die Landesregierung ist
4 maßlos ungerecht und daher untragbar. Die Jungen Liberalen setzen sich für eine
5 zukunftsorientierte Lösung im partnerschaftlichen Dialog mit den rheinland-pfälzischen
6 Kommunen ein."

7

8 **Begründung:**

9

10 "Die Ist-Situation der Kommunen in RLP:

11 7 der 10 höchst verschuldeten Kommunen in ganz Deutschland stammen aus Rheinland-Pfalz
12 (Stadt Pirmasens, Stadt Kaiserslautern, Stadt Zweibrücken, Landkreis Kusel, Stadt Trier,
13 Landkreis Kaiserslautern, Donnersbergkreis).

14 9 der 10 Gebietskörperschaften mit der größten Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland sind
15 rheinland-pfälzische Kommunen.

16 Seit 1980 haben die Kommunen in nur sechs von insgesamt 38 Jahren einen Überschuss
17 erwirtschaftet. Im Durchschnitt sind negative Finanzierungssalden in Höhe von 210 Mio. Euro
18 entstanden. Zwar schlossen die Kommunen das Jahr 2017 mit einem rekordartigen Überschuss
19 von 431 Mio. Euro ab, der Rechnungshof und zahlreiche Experten betonen aber, dass dieses
20 Ergebnis einmalig sei und dringend notwendige Tilgungen nicht berücksichtigt würden.

21 Bei dem Verhältnis zwischen kommunalen Gesamtschulden und kommunalen
22 Gesamteinnahmen hat Rheinland-Pfalz von allen Bundesländern nach dem Saarland den
23 zweitschlechtesten Wert.

24 Nur die Kommunen im Saarland haben im Vergleich aller deutschen Bundesländer höhere
25 Kassenkredite aufgenommen, um ihre Liquidität zu sichern.

26 Real haben sich die Zuweisungen des Landes an die Kommunen für Investitionen seit 1980
27 halbiert.

28 Seit 1980 haben sich die Personal- und Sachleistungen sowie die Sozialleistungen, die die
29 Kommunen zu tragen haben, verfünffacht, während das Investitionsniveau konstant gering
30 blieb. Das Motto der Kommunen lautet seither: Konsum statt Investition.

31 Die Investitionsquote der Kommunen ist von 32% im Jahr 1980 auf weniger als 10% gesunken.
32 Diese Statistiken offenbaren die katastrophale Finanzlage der rheinland-pfälzischen
33 Kommunen auf erschreckende Weise.

34 Was die Kommunen brauchen

35 Nie waren Investitionen in die Zukunft unserer ländlichen Regionen wichtiger als heute.

36 Seit vielen Jahren beklagt die Politik eine zunehmende Verstädterung. Die großen städtischen
37 Ballungsräume werden insbesondere für junge Menschen immer attraktiver, eine große
38 Landflucht stellt ländliche Regionen dadurch vor gewaltige Herausforderungen. Die
39 zunehmende Urbanisierung zieht dabei weitere Probleme mit sich: Die Wohnungsnot in
40 Städten wird immer größer, die Umweltbelastung und die Luftverschmutzung steigen im
41 urbanen Raum, die Wirtschaft zieht es vom Land in die Städte, die Versorgung auf dem Land
42 wird immer schwieriger, Perspektiven können der ländlichen Bevölkerung nicht mehr geboten
43 werden. Dieser Teufelskreis führt dazu, dass die Situation auf dem Land und in den Städten
44 immer dramatischer wird.

45 Frühzeitig müssen wir geeignete Maßnahmen finden, um dem entgegenzusteuern. Besonders
46 muss die Attraktivität des ländlichen Raums gesteigert werden. Eine flächendeckende
47 Versorgung muss gewährleistet werden, eine moderne Infrastruktur muss das Land attraktiv
48 als Wohnort und Wirtschaftsstandort machen. Wir müssen dafür in die Modernisierung
49 unserer Straßen, in den Breitbandausbau, in die Erneuerung und Digitalisierung unserer

50 Schulen und in die Wirtschaftsförderung investieren. Kurzum: Wir müssen den ländlichen Raum
51 fit für die Zukunft machen. Die Kommunen müssen mit einer umfassenden finanziellen
52 Grundlage ausgestattet werden, um nicht nur ihre allgemeinen Aufgaben adäquat erfüllen,
53 sondern auch um vielfältige Investitionen und Förderungen zu ermöglichen.

54 Was die Kommunen bekommen

55 Zwar erhöht das Land seine Zuweisungen an die Kommunen, die zusätzlichen Gelder reichen
56 aber bei Weitem nicht aus, damit die Kommunen ihrer Mehrbelastung Stand halten könnten.

57 Anfang 2009 wurde in Deutschland die Schuldenbremse beschlossen: Demnach darf der Bund
58 seit 2016 seinen öffentlichen Haushalt nur noch mit einem maximalen strukturellen Defizit von
59 0,35% des BIP finanzieren. Die Haushalte der Länder müssen ab 2020 gänzlich ausgeglichen
60 sein. Um diese verfassungsrechtlich normierten Zielvorgaben zu realisieren, schieben Bund und
61 Länder seit Jahren wichtige Aufgaben an untergeordnete Einheiten ab. Die Kommunen haben
62 also nicht nur mit steigenden Sozialausgaben, sondern auch mit zusätzlichen
63 Aufgabenzuweisungen durch den Bund und die Länder zu kämpfen. Um unter dieser
64 zusätzlichen Aufgabenlast nicht zusammenzubrechen, sind zusätzliche finanzielle
65 Ausstattungen der Kommunen selbstverständlich. Die Erhöhung der Zuweisungen des Landes
66 an die Kommunen um 133 Mio. Euro reichen dazu aber bei Weitem nicht aus. Die Kommunen
67 werden mit diesem kommunalen Finanzausgleich in Zukunft weiter große Defizite
68 erwirtschaften.

69 Die ohnehin finanziell schlecht ausgestatteten Kommunen des kreisangehörigen Raums werden
70 nach der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs noch schlechter ausgestattet als
71 unter der vorherigen Regelung. Auf der anderen Seite werden die kreisfreien Städte, die einen
72 Großteil des kommunalen Gesamtüberschusses im letzten Jahr erwirtschafteten, wesentlich
73 besser ausgestattet als zuvor. Wir akzeptieren natürlich, dass große, kreisfreie Städte ein
74 breiteres Aufgabenspektrum zu bewältigen haben und insofern auch mehr Ressourcen
75 benötigen. Dass hier aber auch nach Berücksichtigung dieses Aspekts eine grobe
76 Ungleichbehandlung vorliegt, ist nicht abstreitbar und für uns unverständlich.

77 Der beim Land eingerichtete Stabilisierungsfond wurde darüber hinaus in eine
78 Stabilisierungsrechnung umgewandelt. Was auf den ersten Blick freilich nur wie eine

79 unbedeutende terminologische Kleinigkeit erscheint, ist auf den zweiten Blick nicht weniger als
80 ein handfester Skandal! Im Jahr 2004 wurde vom Land RLP ein Stabilisierungsfond für die
81 Kommunen eingerichtet, durch den in wirtschaftlich guten Zeiten Geld für wirtschaftlich
82 schwierigere Zeiten angespart werden sollte. Das Land hatte die Mittel als nichtselbständiges
83 Sondervermögen zu verwalten. Zuletzt sollten sich rund 513 Millionen Euro für die Kommunen
84 in diesem Stabilisierungsfond befinden. Doch zu Unrecht hatte die Landesregierung die in
85 diesem Fond befindlichen und für die Kommunen vorgesehenen Mittel über Jahre hinweg dem
86 eigenen Haushalt zugeführt. Anders gesagt: Die 513 Millionen Euro für die Kommunen wurden
87 vom Land verbrannt. Die Folge: Der Stabilisierungsfond ist de facto leer – die Kommunen
88 stehen ohne finanzielle Absicherung da! Leidtragende dieser Änderung sind natürlich die
89 Kommunen, die durch einen fragwürdigen Umgang der Landesregierung mit ihr anvertrauten
90 Geldern mit leeren Händen in schwierigen Zeiten dastehen werden.

91 Was die Kommunen machen müssen

92 Zusätzliche Aufgaben, steigender Verwaltungsaufwand, höhere Sozialleistungen: Die
93 Kommunen haben eine immer schwerer werdende Last zu schultern. Selbst die Finanzierung
94 ihrer gesetzlichen Aufgaben fällt den Kommunen zunehmend schwer. An Investitionen ist dabei
95 noch gar nicht zu denken.

96 Wollen die Kommunen ihre Haushalte ausgleichen, bleiben ihnen im Wesentlichen zwei Wege:
97 Zum einen können sie neue Kassenkredite aufnehmen. Kassenkredite sind eigentlich dazu
98 vorgesehen, einen kurzfristigen Bedarf an liquiden Mitteln zu decken und sollen somit lediglich
99 den verzögerten Eingang von Deckungsmitteln überbrücken. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz
100 nutzen Kassenkredite widerrechtlich zur dauerhaften Finanzierung unausgeglichener
101 Haushalte. Die Landesregierung toleriert das. Durch diese Praxis steigen dadurch in einer Zeit,
102 in der die Chance des Altschuldenabbaus ergriffen werden müsste, die Schuldenberge
103 dramatisch an. Zu leiden haben darunter freilich die künftigen Generationen, die man mit
104 diesen Altlasten und Versäumnissen der Gegenwart in der Zukunft völlig allein lässt. Wir
105 verstehen uns als Fürsprecher der neuen Generationen und können diesen Weg daher nicht
106 als adäquate Problemlösung verstehen.



- 107 Zum anderen könnten die Einnahmen der Kommunen erhöht werden. Erst kürzlich äußerte
108 Innenminister Roger Lewentz, dass Zukunft noch mehr Eigenanstrengungen der Kommunen
109 unternommen werden müssten, um die zur Verfügung stehenden Einnahmequellen voll
110 auszuschöpfen. Ins Deutsche übersetzt heißt das: Steuererhöhungen. Die Steuerzahler sollen
111 also letztlich dafür zahlen, dass Bund und Länder für ihre ausgeglichenen Haushalte den
112 Kommunen immer mehr Aufgaben zuweisen und immer mehr Verantwortung an die
113 Kommunen abschieben. Und das, obwohl die Steuereinnahmen schon heute sprudeln: Die ko
114
115 Hier fehlt der Rest. Bitte noch zusenden. Sorry.
116 "

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 402	
Antragsteller:	Marten Pukrop, Alexander Puderbach (Marten Pukrop)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Unterstützungsunterschriften online**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern, dass es ermöglicht wird, dass alle Anlässe, die
4 Unterstützungsunterschriften benötigen (Volksinitiative, Volksbegehren, Kandidatur als nicht
5 etablierte Partei etc.) und auf Landesebene geregelt werden, auch online signierbar sind. Für
6 inhaltliche Anträge sollte es ermöglicht werden pro und contra kurz darzustellen, zumindest
7 aber einer gewissen Stimmzahl sollte hierbei die Überparteilichkeit sichergestellt werden.

8 Das Land Rheinland-Pfalz, ggf. in Kooperation mit anderen Ländern- dem Bund, hat eine
9 Plattform einzurichten, über die entsprechende Aufrufe gestartet werden können. Die
10 Authentifizierung kann dabei durch den elektronischen Personalausweis sichergestellt werden.
11 Eine Erweiterung auf andere Ebenen oder Länder sollte möglich sein."

12

13 **Begründung:**

14

15 "Wird mündlich erbracht"



Antrag 403	
Antragsteller:	Luca Maximilian Kühn, Luca Maximilian Lichtenthäler (Luca Maximilian Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Keine heimlichen Überwachungsmaßnahmen**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz lehnen jegliche Überwachungsmaßnahmen (sei es zur
4 sogenannten „Online-Durchsuchung“ oder zur sogenannten „Quellen-TKÜ“), bei der Endgeräte
5 im Besitz der Zielperson mit Schadsoftware (etwa dem sogenannten „Staatstrojaner“) infiziert
6 werden, entschieden ab."

7

8 **Begründung:**

9

10 "mündlich"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 404	
Antragsteller:	Lucas Kortmann (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Antrag zur Entkriminalisierung von Cannabis ohne Rausch beim Autofahren als Etappenziel der**
2 **Legalisierung**

3

4 "Die Julis Rheinland-Pfalz streben eine Entkriminalisierung des Fahrens ohne Rausch mit
5 Abbaustoffen von Cannabis und eine Anpassung der Momenten Grenzwerte des aktiven THC's
6 (Delta-9 THC) an. Dazu soll es ausschließlich einen Test nach neuen Delta-9 THC Grenzwerten
7 geben, welcher gewährleistet, dass nicht berauschte Menschen auch keinen Entzug eines
8 Führerscheins in Kauf nehmen müssen. Um den maximalen Wert der Stoffe zu ermitteln, soll
9 sich an anderen Ländern orientiert werden, wie die Niederlande, USA und Canada.

10 Das Fahren mit Abbaustoffen des Cannabis-Konsums soll vollständig entkriminalisiert werden.

11 "

12

13 **Begründung:**

14

15

16 "

17 Es ist ein Testverfahren notwendig, dass ausschließlich nach aktiven Stoffen (Delta-9 THC) und
18 nicht nach Abbaustoffen (THC-COOH) testet. Der Abbaustoff ist keineswegs berauschend und
19 sollte daher in Gänze entkriminalisiert werden.

20 Der momentan vorgegebene maximale Delta-9 THC-Wert im Blut ist mit 1 ng-ml viel zu niedrig.

21 Dies führt dazu, dass viele Konsumentinnen und Konsumenten zu Unrecht ihre Fahrerlaubnis



- 22 verlieren können. Dies muss sich ändern. In anderen Ländern der Europäischen Union wie
23 Großbritannien und den Niederlande sind 6 ng-ml als Maximum vorgegeben.
24 Dieser unsinnige Verlust einer Fahrerlaubnis schadet der Deutschen Ökonomie und dem
25 Justizsystem ebenso wie dem einzelnen Bürger.
26 Die einzelnen Konsumentinnen und Konsumenten müssen befürchten, ihrer Freiheit in Form
27 von Individualverkehr zu verlieren, die Justiz hat einen unverhältnismäßigen Aufwand für
28 faktisch keine Straftat und die Wirtschaft wird erheblich geschwächt, wenn Arbeiter dadurch
29 nicht mehr fahren können. "

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

Antrag 405	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Verbraucherrechte stärken - Einführung eines eigenen Vertragstypus für Internet-
2 /Telekommunikationsverträge

3

4 "Wir Julis fordern einen eigenen Vertragstypus für Internet- sowie
5 Telekommunikationsverträge. Diese Verträge gelten bisher als Dienstleistungsverträge und
6 unterliegen daher dem allgemeinen Leistungsstörungsrecht. Dies bringt insbesondere die
7 Probleme mit sich, dass sich die Fristen und anderen Voraussetzungen für die Besonderheiten
8 dieser Vertragskonstellationen nicht anbieten. Es müssen zur Stärkung des Verbrauchers
9 entsprechende Rücktritts- und Schadensersatzmöglichkeiten geschaffen werden. Weiterhin
10 muss eine Möglichkeit geschaffen werden, dass die Internetanbieter für ihre Subunternehmer
11 haften.

12 Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass Internet mittlerweile nicht mehr nur ein Luxusgut ist,
13 sondern zur Grundversorgung gehört, erscheint dies zeitgemäß."

14

15 **Begründung:**

16

17 "Wird mündlich erbracht"



Antrag 406	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Diesel-Gate: Eigentum der Bürger schützen**

2

3 "Die Julis RLP fordern in Zusammenhang mit dem Diesel-Gate, dass

4 1.der Gemeinnützigkeitsstatus der DUH auf den Prüfstand gestellt wird,

5 2.die flächendeckende KfZ-Kennzeichen-Überwachung abgelehnt wird,

6 3.das Bundesverkehrsministerium für alle Bundesländer verbindliche und einheitliche Kriterien
7 zur Aufstellung von Messstationen erlässt,

8 4.die Bundesregierung sich für eine Anpassung der EU-Grenzwerte an die Realität und für ein
9 bis dahin geltendes Grenzwert-Moratorium stark macht,

10 5.das Bundesimmissionsschutzgesetz zur Vermeidung weiterer Fahrverbote modifiziert wird
11 und

12 6.Tempolimits auf deutschen Autobahnen eine klare Absage erteilt wird.

13 "

14

15 **Begründung:**

16

17 "Der Staat hat die Pflicht, sich schützend vor das Eigentum seiner Bürgerinnen und Bürger zu
18 stellen. Werden Diesel-Fahrverbote verhängt, so kommt das einer staatlichen Enteignung
19 gleich, weil die Diesel-Fahrzeuge vieler Menschen praktisch nicht mehr (vollumfänglich)
20 genutzt werden können. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten dabei aktuell keinerlei Hilfe oder
21 Schutz von der Bundesregierung.

22

23 Wenn die Bundesregierung den Bürgerinnen und Bürger Umtauschaktionen der
24 Automobilindustrie als Problemlösung verkauft, entsteht der Eindruck, die Bundesregierung
25 stünde eher auf der Seite der Automobilindustrie als auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger.
26 Sie verkennt damit zudem die Realität in vielen Haushalten: Die Neuanschaffung eines Pkw ist
27 auch bei Umtauschprämien noch immer eine hohe Investition, zu der viele Menschen schlicht
28 nicht im Stande sind.

29
30 DUH den Status der Gemeinnützigkeit aberkennen

31
32 Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) zerlegt das Land, tritt das Eigentum unserer Bürgerinnen und
33 Bürger mit Füßen und kassiert dafür noch staatliche Gelder, um sich die gegen den Staat und
34 die Bürger gerichtete Arbeit finanzieren zu können. An Absurdität ist das wohl kaum zu
35 überbieten. Im Übrigen finanziert sich die DUH über abstruse Abmahn- und Klagewellen gegen
36 unbescholtene Bürgerinnen und Bürger unter dem Deckmantel des Umwelt- und
37 Klimaschutzes. Die DUH steht vordergründig für aktionistische, nationale Klimaideologien –
38 hintergründig verfolgen sie nur eigene wirtschaftliche Interessen. Zum Umwelt- und
39 Klimaschutz selbst leistet die DUH mitnichten einen wirkungsvollen Beitrag. Der
40 Gemeinnützigkeitsstatus der DUH gehört daher auf den Prüfstand!

41 Einheitliche Regelungen für die Aufstellung von Messstationen finden

42
43 Zudem geben die ohnehin kaum beachteten EU-Normen zur Aufstellung der Messstationen zu
44 viel Spielraum: Demnach kann nämlich in einer Höhe von 1,50m bis zu 4,00m gemessen
45 werden. In Bayern wird auf 4,00m gemessen, in Baden-Württemberg auf 2,50m, in NRW und
46 Sachsen auf 3,50m, in Berlin auf 3,60m. Wissenschaftler sind sich nach Untersuchungen einig
47 darüber, dass die Höhe maßgeblich entscheidend ist für die Feststellung der Konzentration. Für
48 jede Höhe zwischen 1,50m und 4,00m gilt aber: Derselbe Grenzwert darf nicht überschritten
49 werden. Dieses Mess-Chaos macht die Herbeiführung willkürlicher oder politisch gewollter
50 Ergebnisse umso einfacher. Darunter leiden am Ende schließlich die Dieselfahrer. Das

51 Bundesverkehrsministerium muss daher endlich einheitliche Kriterien für die Aufstellung von
52 Messstationen bestimmen.

53

54 Nein zur flächendeckenden KfZ-Kennzeichen-Überwachung

55

56 Um Diesel-Fahrverbote zu überwachen, plant die Bundesregierung eine automatische KfZ-
57 Kennzeichen-Überwachung in deutschen Städten. Die Bundesregierung unterstützt und fördert
58 damit nicht nur den Fahrverbotswahnsinn. Sie greift damit auch in völlig unverhältnismäßiger
59 Weise in die persönliche Freiheit der Bürger ein. Die Bürger werden von Grund auf
60 kriminalisiert. Unsere Polizeibeamten müssten sich massenhaft der Durchsetzung von
61 Dieselfahrverboten widmen, während es an vielen anderen Stellen viel Nützlicheres (z.B.
62 Bekämpfung von Schwermriminalität) zu tun gäbe – Dies wäre eine völlig verfehlte
63 Schwerpunktsetzung für unsere Sicherheitsbehörden. Umfassende Bewegungs- und
64 Aufenthaltsdaten unbescholtener Bürgerinnen und Bürger würden anlasslos gesammelt und
65 gespeichert werden. Der Bürger wird weiter gläsern – die automatisierte KfZ-Kennzeichen-
66 Überwachung ist ein riesiger Schritt in Richtung eines Überwachungsstaats. Das lehnen wir ab!

67

68 EU-Grenzwerte der Realität anpassen

69

70 Die EU-Grenzwerte sind abstrus. Wenn die Stickoxid-Werte tatsächlich so schädlich wären, wie
71 behauptet, hätte ein Raucher, wie von einem Lungenarzt berechnet wurde, eine
72 Lebenserwartung von ganzen sechs Wochen! Während der Feinstaub-Grenzwert in Städten bei
73 $50 \mu\text{g-m}^3$ liegt, erreichen alleine eine Zigarette einen Feinstaub-Ausstoß von $1.000 \mu\text{g-m}^3$ und
74 Adventskerzen $200 \mu\text{g-m}^3$. Sollen deshalb jetzt auch Zigaretten und Adventskerzen verboten
75 werden? Zu massiven Überschreitungen der Grenzwerte kam es in mehreren deutschen
76 Städten auch, als die gesamten Straßen z.T. für Autos gesperrt waren, sei es weil ein Marathon
77 stattfand oder eine Baustelle eingerichtet wurde. Diesel-Pkw sind am ganzen Feinstaub-
78 Ausstoß in Deutschland nur zu 5% beteiligt. Fahrverbote sind also reine aktionistische
79 Symbolpolitik, die aber die Umwelt- und Klimasituation selbst überhaupt nicht verbessert.

80 Selbst versierte Experten, wie etwa Lungenärzte, beklagen die Absurdität der EU-Grenzwerte.
81 Warum hört man auf solche Menschen nicht? Deutschland muss seine starke Rolle innerhalb
82 der EU dafür einsetzen, endlich Grenzwerte zu schaffen, die der Realität angemessen sind. In
83 einem ersten Schritt muss die Bundesregierung dazu ein Grenzwert-Moratorium erlassen,
84 durch das die Grenzwerte bis zur Neuregelung ausgesetzt werden.

85

86

87

88 Bundesimmissionsschutzgesetz anpassen

89

90 Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach langer Untätigkeit endlich angekündigt, das
91 Bundesimmissionsschutzgesetz ändern zu wollen. Demnach sollen Fahrverbote als
92 unverhältnismäßig eingestuft werden, wenn der Grenzwert nur in einem geringen Umfang,
93 vorschlagsweise bis zu 60 µg-m³, überschritten wird. Wir finden: Dieser Vorschlag ist längst
94 überfällig und muss nun schnell umgesetzt werden.

95

96 Nein zu Tempolimits

97

98 Die DUH forderte zuletzt Tempolimits auf deutschen Autobahnen von 120 km-h. Das ist nicht
99 nur ein Eingriff in die individuelle Mobilitätsfreiheit der Menschen, es ist auch erneut eine
100 Maßnahme, die zwar aktionistisch ist, aber im Umwelt- und Klimaschutz kaum Wirkung
101 entfaltet. Wir JuLis erklären Tempolimits eine klare Absage."

Antragsbuch 78. Landeskongress

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße



junge liberale
Rheinland-Pfalz

Antrag 407	
Antragsteller:	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Brauchen wir wirklich einen überdimensionierten Stadtrat, schaffen wir Bremen und Hamburg
- 2 als eigenständige Bundesländer ab.
- 3
- 4 "Die Jungen Liberalen fordern, Hamburg und Bremen abzuschaffen und in die umliegenden
- 5 Bundesländer eingliedern. "
- 6
- 7 **Begründung:**
- 8
- 9 "Wird mündlich erbracht. "

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 408	
Antragsteller:	Der Landesvorstand (Marten Pukrop)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Digitale Kommune, digitale Verwaltung**

2

3 "Während die Digitalisierung in den meistens Lebensbereichen nicht mehr wegzudenken ist,
4 hat man oftmals beim Amtsgang das Gefühl eine Zeitreise zu machen. Um dies wieder
5 attraktiver aber auch effizienter zu machen, brauchen wir in Rheinland-Pfalz eine
6 Digitalisierungsoffensive für die Kommunen.

7 Nicht alle Aufgaben die aktuell den Kommunen zugeordnet sind können in Zeiten der
8 Digitalisierung dort von einzelnen Akteuren mit modernen Mitteln gestemmt werden,
9 insbesondere wenn es um die Digitalisierung geht, müssen die Kommunen kooperieren und
10 Bund und Länder entsprechende Kooperationen unterstützen.

11 **Online-Bürgeramt**

12 Die Kommunen und das Land müssen gemeinsam ein Digitalisierungsdienstleistungszentrum
13 gründen und eine Plattform für ein Bürger-(Self-)Service-Portal schaffen. Diese Plattform muss
14 es dem Bürger ermöglichen, alle Anträge soweit wie möglich digital durchzuführen und ggf.
15 dort bei Fragen Hilfe zu bekommen.

16 Die grundlegenden Anforderungen an die Plattform sind dabei, dass sie sowohl Verwaltung als
17 auch Bürgern ermöglicht ihre Verwaltungsabläufe digital abzubilden und durchzuführen.
18 Prozesse die alle Kommunen betreffen (wie z.B. Beantragung eines neuen Personalausweises)
19 sollen dabei vormodelliert sein. Über einen Workfloweditor soll es den Institutionen aber auch
20 möglich sein, eigene Prozesse und Formulare abzubilden oder Vorgegebene lokal anzupassen
21 und über einen Marktplatz anderen Teilnehmern zugänglich zu machen. Prozesse sollen dabei

22 vom Bürger nachverfolgt werden können. Eine Schnittstelle für die Übergabe von verifizierten
23 Dokumenten muss ebenfalls vorhanden sein.

24 Die Authentifizierung kann dabei durch den ePerso stattfinden. Ist trotzdem noch eine
25 persönliche Authentifizierung mit Termin vor Ort notwendig, wie bei der Ausstellung eines
26 Personalausweises, muss dieser aber selbstverständlich digital vereinbart werden können.

27 Ein entsprechendes System sollte innerhalb von 2 Jahren möglich sein. Die Ausweitung auf
28 weitere Bundesländer & Behörden sollte dabei von Anfang an mitgedacht und vorangetrieben
29 werden. Spätestens 3 Jahre nach der System Einführung müssen verpflichtend alle Prozesse
30 auch digital abbildbar sein.

31 Digitalisierung auf allen Ebenen

32 Land und Kommunen müssen sich aber auch dafür einsetzen, dass auf anderen Ebenen die
33 Voraussetzungen geschaffen werden für eine digitale Verwaltung, insbesondere passende
34 Schnittstellen bei Landes- & Bundesbehörden, Abschaffung rechtlicher Hindernisse, sowie die
35 Schaffung eines freiwilligen, digitalen Tresors für verifizierte Akten.

36 Um einen Medienbruch zu verhindern müssen sich alle Ebenen der Verwaltung für die
37 Digitalisierung öffnen und entsprechende Schnittstellen bereitstellen.

38 Wenn sich ein Bürger entscheidet den digitalen Tresor zu nutzen, dürfen Behörden und
39 Unternehmen vordefinierte Bescheinigungen mit seiner Einwilligung in den Tresor einreichen
40 sowie die Abrufung anfragen. Jede Abrufanfrage muss einzeln eine Begründung für den Abruf
41 enthalten und vom Bürger freigegeben werden. Alle teilnehmenden Behörden und
42 Unternehmen müssen sich klar identifizieren.

43 Sollten aktuelle Regelungen unnötigerweise Behördengänge erzwingen, ist sich für die
44 Änderungen entsprechender Regelungen einzusetzen.

45 Aber nicht nur die Verwaltung (der Kommunen) muss digitaler werden, sondern auch die
46 Kommunen selbst. Insbesondere im ländlichen Raum halten wir ein forcieren der
47 Digitalisierung für eine Möglichkeit wieder an Attraktivität zu gewinnen. Projekte wie etwa
48 „Digitale Dörfer“ begrüßen wir entsprechend ausdrücklich."

49

50



- 51 Begründung:
- 52
- 53 "Wird mündlich erbracht"
- 54

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**

Antragsbuch 78. Landeskongress

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße



junge liberale
Rheinland-Pfalz

Antrag 409	
Antragsteller:	LAK Programmatik (Philipp Ruprecht)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Tempolimit 130 km/h

2

3 "Wir fordern innerorts ein Tempolimit von 130 km-h."

4

5 **Begründung:**

6

7 "Besonders in ruhigen Wohngebieten sind 50 km-h schon lang nicht mehr ausreichend."

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren

Antrag 410	
Antragsteller:	JuLis Alzey-Worms, Luca Lichtenthäler (Raphael Wedemeyer)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Realistische Grenzwerte statt Willkür: Cannabisgrenzwerte im Straßenverkehr anpassen**

2

3 "Die aktuellen Blut-Grenzwerte für THC im Straßenverkehr von 1 ng-ml sind medizinisch
4 ungerechtfertigt. Noch Tage nach dem Konsum von Cannabis können diese Grenzwerte
5 überschritten werden. Eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit liegt dabei allerdings nicht vor.
6 Wie ungerechtfertigt die o.g. Obergrenze ist, zeigt der Umgang mit Cannabispatienten, die
7 unter Einfluss von Cannabis Fahrzeuge führen dürfen (siehe Quelle). Die Jungen Liberalen
8 unterstützen diese Willkür des Gesetzgebers nicht und fordern eine Anpassung der Grenzwerte
9 an solche, die medizinisch gerechtfertigt sind.

10

11 Die Jungen Liberalen fordern:

12 - eine Anpassung der THC-Blut-Grenzwerte an solche, die von einer unabhängigen
13 medizinischen Kommission vorgeschlagen werden

14 Konkret soll eine Kommission einberufen werden, die sich ausgiebig mit der Frage nach einem
15 realistischen Blut-Grenzwert für THC beschäftigen soll und diesen dem Gesetzgeber vorschlägt.

16 Im Zweifelsfall soll jedoch auf die Eigenverantwortlichkeit der Konsumenten vertraut werden.

17

18 Quelle: <https://www.aerzteblatt.de-nachrichten-74004-Cannabispatienten-duerfen-Auto-fahren>

19 "

20

21
22 **Begründung:**



23

24 "Wird mündlich erbracht."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

Antrag 411	
Antragsteller:	Christian Chahem, Luca Kühn, Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 **Wählen ab 16 auf allen Ebenen!**
- 2
- 3 "Wählen ab 16
- 4 Die Jungen Liberalen setzen sich dafür ein, dass das Wahlalter auf allen staatlichen Ebenen
- 5 (Kommune, Land, Bund und EU) auf 16 Jahre abgesenkt wird.
- 6 "
- 7
- 8 **Begründung:**
- 9
- 10 "Mündlich"

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 501	
Antragsteller:	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Regierungsflieger**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern die Bundesregierung auf, eine Flotte an neuen Flugzeugen des
4 Typs A350 zu erwerben, um damit die Regierung zu transportieren. Als Namen schlagen wir
5 „Merkel One“ für die Maschine der Kanzlerin - des Kanzlers vor. "

6

7 **Begründung:**

8

9 "Dies garantiert eine bessere Sicherheit für die Regierung bei vielen Reisen. Es folgt daraus eine
10 bessere Repräsentation auf internationaler Bühne, da Regierungspleiten durch nicht
11 funktionierende Maschinen ausbleiben.

12 "

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 502	
Antragsteller:	Lucas Kortmann (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Free Tibet**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern, die Bundesregierung solle sich für die Souveränität Tibets
4 einsetzen, indem sie die momentan in Indien sitzende Exilregierung als legitimierte Führung
5 anerkennt. Sie soll Diplomatische Beziehungen, unabhängig von der Zentralregierung in Peking,
6 aufbauen. "

7

8 **Begründung:**

9

10

11 "China stellt seit Tausenden von Jahren einen kulturellen Gegner des Hochlandes Tibet da.
12 Daher sollte es nicht über das Volk der Tibeter, welches sperrte Schrift, Sprache und Kultur
13 besitzt, herrschen. Um die kulturelle Vielfalt dieser Erde zu wahren ist es daher sehr
14 bedeutungsvoll, Tibet von China zu separieren. Dies muss die Bundesregierung in der Rolle des
15 internationalen Vermittlers federführend vorantreiben. "

16



Antrag 503	
Antragsteller:	Lucas Kortmann (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Hartes Vorgehen gegen Chinas aggressive Expansionspolitik**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern den Schluss für den Import chinesischer Produkte über die neue
4 Seidenstraße mit dem Ziel, China zu humanistischem und demokratischem Handeln zu bringen.
5 Weiterhin sollen die Expansionsversuche Chinas im Südchinesischen Meer, welche massiv die
6 Souveränität der Philippinen und Japans einschränken, eingedämmt werden, indem die
7 Bundesregierung auf internationaler Ebene sowohl die Aufmerksamkeit auf dieses Thema
8 lenkt, als auch durch Embargos und andere Initiativen der UN China davon abhält. "

9

10 **Begründung:**

11

12

13 "Der Importstopp würde Chinas Wirtschaft erheblich schwächen, weshalb diese mehr zu
14 Verhandlungen und zu humanistischem Handeln gedrängt werden. Die neue Seidenstraße
15 ermöglicht keinen Fairen Handel, da die Bundesregierung momentan mit der enormen
16 Strukturpolitik der Chinesen nicht stand halten kann. Daher müssen wir den Handel mit den
17 Chinesen unterbrechen, bis wie ähnliche strukturelle Bedingungen hergestellt haben, um
18 unseren Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden.

19 Aggressive Expansion unter Nationalistischer Ideologie ist uns Europäern sehr gut bekannt.

20 Damit dieses Unrecht sich nicht wiederholt, müssen wir unseren Humanismus verteidigen, dem

21 China den kämpf erklärt hat und offen diffamiert. Wir helfen unseren Verbündeten wie Japan,

22 ihre Souveränität zu wahren.



Antrag 504	
Antragsteller:	Lucas Kortmann (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Nato Präsenz in Syrien erhöhen**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern eine Auswertung des Bundeswehrmandats für Syrien, welches
4 auch Panzer, schwere Infanterie und Kurzstrecken-Raketen beinhalten soll, um die Türkische
5 Armee am Angriff auf syrische demokratische Gebiete zu hindern. "

6

7 **Begründung:**

8

9

10 "Die US-Army ist die einzige Organisation, die zwischen dem Türkischen Militär und der
11 syrischen Demokratie steht. Die Türkei plant mit ihren Offensiven in Nordsyrien eine Expansion.
12 Um die Ethnisch-Kulturellen Konflikte in dieser Region nicht zu verschlimmern, müssen Nato
13 Truppen die Syrische Demokratie verteidigen, die als einzige legitime Regierung ihrer Arbeit
14 nachgeht und versucht, ihren Machtbereich auf ganz Syrien auszuweiten. Diese Demokratie
15 bindet den Humanismus und demokratische Werte in diese Region ein und erlaubt den Völkern
16 Syriens eine Selbstbestimmung. Da die Türkei dies aber bedroht, müssen wir als Nato-Partner
17 die Armee Erdogans aufhalten. "

18



Antrag 601	
Antragsteller:	Marten Pukrop, Luca M. Kühn, Luca M. Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Recht auf Privatheit - Verschlüsselung gewährleisten!**

2

3 "In einer zunehmend digitalisierten Welt stellen elektronische Kommunikationsmittel wie E-
4 Mail, Chat- oder Messenger-Dienste einen fundamentalen Bestandteil des privaten wie
5 beruflichen Austausches dar. Laut einer Studie des Digitalverbands Bitkom sind 68 Prozent der
6 Unternehmen in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren Opfer von Sabotage, Spionage
7 und Datendiebstahl geworden, der wirtschaftliche Schaden wird auf ca. 43 Milliarden Euro
8 geschätzt. Dieser Schaden kann durch die Nutzung von Verschlüsselungstechnologien
9 erheblich begrenzt werden. Zwar können potenzielle Angreifer einen Dateiordner oder eine E-
10 Mail öffnen, können den Inhalt, ob sensible Daten, Geschäftsgeheimnisse oder private
11 Kommunikation, jedoch nicht lesen, da dies nur mithilfe des passenden Schlüssels. Es geht bei
12 der Verschlüsselung von Daten und Netzverkehr insbesondere um den Schutz des Eigentums,
13 der Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation – in der Verfassung verbrieft
14 Grundrechte. Artikel 10 Absatz 1 des Grundgesetzes schreibt fest, dass das Briefgeheimnis
15 sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis unverletzlich sind. Dieser Grundsatz muss auch für
16 die elektronische Kommunikation gelten, um Datenschutz, Privatsphäre und Sicherheit zu
17 gewährleisten.

18

19 Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:

20

21 sich zum Schutz der Privatsphäre und zur Erhöhung der IT-Sicherheit für ein Recht auf
22 Verschlüsselung einzusetzen,

23

24 in diesem Sinne Telekommunikations- und Telemedienanbieter zu verpflichten, ihre
25 Kommunikationsdienste nach einer Übergangsfrist für zukünftige technische Systeme als
26 Standard abhörsicher (Ende-zu-Ende verschlüsselt) anzubieten,

27

28 die Weiterentwicklung von Verschlüsselungstechnologien, der Sicherheit von
29 Speichersystemen und von qualifizierten Zugriffs- und Berechtigungslogiken konsequent
30 voranzutreiben,

31

32 sich gegen gesetzliche Beschränkungen oder Verbote kryptographischer Sicherungssysteme
33 auszusprechen,

34

35 den Einsatz von sogenannten Backdoors zu verurteilen und eine staatliche Beteiligung an
36 digitalen Grau- und Schwarzmärkten für Sicherheitslücken abzulehnen,

37

38 alle staatlichen Behörden zu verpflichten, IT-Sicherheitslücken unverzüglich an das Bundesamt
39 für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu melden. Das BSI muss diese nach dem
40 marktüblichen Standard der „Coordinated-Responsible Disclosure“ veröffentlichen.

41 "

42

43 **Begründung:**

44

45 "mündlich "

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren

Antrag 602	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Stoppt die Zensurmaschine – Rettet das Internet!**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz sprechen sich vehement gegen jegliche Richtlinien
4 ähnlich der geplanten EU-Artikel 11 und 13 aus. Eine solche Maschinerie öffnet Tür und Tor für
5 staatliche Zensur."

6

7 **Begründung:**

8

9 "<https://www.change.org/p-stoppt-die-zensurmaschine-rettet-das-internet-uploadfilter>

10

11 [https://www.change.org/p-european-parliament-stop-the-censorship-machinery-save-the-](https://www.change.org/p-european-parliament-stop-the-censorship-machinery-save-the-internet)
12 internet

13

14 Am 30. Januar fand im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages eine
15 Abstimmung zum Thema Uploadfilter statt. Inhalt des (FDP-)Antrages war, dass der Bundestag
16 sich gegen Uploadfilter positioniert. Obwohl CDU-CSU und SPD sich im Koalitionsvertrag gegen
17 Uploadfilter aussprechen, stimmten diese dagegen.

18

19 Zudem verweigert die GroKo seit Monaten öffentliche Stellungnahmen zu Uploadfiltern. Die
20 FDP wollte am 31. Januar im Bundestag ihren Antrag dazu namentlich abstimmen lassen - auch
21 das hat die GroKo verhindert.

22



- 23 Wir brauchen klares Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Uploadfilter!
- 24
- 25 Eine weitere Positionierung zu diesem Thema erscheint aufgrund der aktuellen Ereignisse ein
- 26 Muss."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**

Antrag 701	
Antragsteller:	Franz Maertl, Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Innovation first, Verbote second - Klimaziele effizient erreichen**

2

3 "Klimaziele effizient erreichen

4

5 Um die deutschen und europäischen Klimaschutzziele ohne zusätzliche Risiken für die
6 Versorgungssicherheit und die soziale Akzeptanz der Energiewende zu erreichen, muss
7 Deutschland jetzt eine Kehrtwende in der Klimapolitik einleiten. Die getrennt vorangetriebene
8 Strom-, Mobilitäts- und Wärmewende ist kontraproduktiv, da der Staat keine genaue Kenntnis
9 über künftige technologische Entwicklungen und damit über die ideale Intensität und
10 Reihenfolge der einzelnen Transformationen hat. Dieser Einschätzung des
11 Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem
12 jüngsten Jahresgutachten 2017-2018 schließen sich die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz an.
13 Sektorspezifische Ziele und Klimaschutzinstrumente sind kontraproduktiv. Vielmehr müssen
14 alle Sektoren technologieneutral miteinander verkoppelt und mit einem einheitlichen CO₂-
15 Preis Investitionsanreize für innovative klimaschonende Technologien gesetzt werden. Nur so
16 lassen sich die Ziele ohne unnötige volkswirtschaftlichen Kosten erreichen, private Haushalte
17 entlasten und Planungssicherheit sowie Anpassungsflexibilität für die Wirtschaft
18 gewährleisten.

19

20 Die Julis Rheinland-Pfalz fordern die Bundesregierung auf,
21 rasche Reformen der nationalen Klimaschutzpolitik in Angriff zu nehmen, um die im Rahmen
22 des Pariser Klimaschutzabkommens gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen,

23 die zunächst nationale Einbeziehung des Verkehrssektors in den Emissionshandel bis Ende
24 2019 zu prüfen und umzusetzen,
25 schnellstmöglich die Einbeziehung des Wärmesektors zu prüfen und umzusetzen,
26 auf eine EU-weite Einbeziehung weiterer Emittenten insbesondere in den Sektoren Verkehr
27 und Wärme in den EU-ETS hinzuwirken,
28 sich bei den europäischen Partnern dafür einzusetzen, das zukünftige Budget von
29 Emissionsberechtigungen eines sektorübergreifenden EU-ETS direkt aus dem global
30 erforderlichen Emissionsbegrenzungspfad des auf der Pariser Klimakonferenz beschlossenen
31 2-Grad-(1,5 Grad)-Ziels abzuleiten,
32 sich in den internationalen Klimaverhandlungen insbesondere bei COP24 für eine Verbindung
33 regionaler Emissionshandelssysteme vorzugsweise durch einen globalen ETS und die Bindung
34 von Transferzahlungen an arme Länder an deren Einführung einzusetzen,
35 die Einbeziehung von Treibhausgasemissionen aus der Land- und Forstwirtschaft sowie die
36 Berücksichtigung von Treibhausgassenken in den EU-ETS voranzutreiben,
37 CO₂-Abscheidung, -Speicherung (CCS) und insbesondere -Verwendung (CCU) gemeinsam mit
38 der Wirtschaft schnellstmöglich, zunächst in neuen Modellprojekten voranzutreiben,
39 sich für eine technologieneutrale Stärkung der Grundlagenforschung in den Bereichen
40 klimaschonender Energietechnologien und Treibhausgassenken einzusetzen.

41 "

42

43 **Begründung:**

44

45 "Erfolgt mündlich "



Antrag 702	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Messstationen in RLP auf den Prüfstand**

2

3 "Die JuLis RLP fordern in Zusammenhang mit dem Diesel-Gate, dass alle Messstationen in RLP
4 auf ihre korrekte Aufstellung hin überprüft werden."

5

6 **Begründung:**

7

8 "Massenhaft wird derzeit festgestellt, dass Messstationen falsch aufgestellt wurden. Gemäß
9 der EU-Norm müssen sie mindestens 10 Meter vom Fahrbahnrand und bei stark befahrenen
10 Kreuzungen 25 Meter vom Kreuzungsmittelpunkt entfernt stehen. Allein in Neuwied ist die
11 Messstation nur rund 8 Meter vom Fahrbahnrand entfernt, in Koblenz stehen Messstationen
12 zum Teil direkt am Fahrbahnrand. Nichtmals eine Entfernung von einem Meter wird dort zum
13 Teil angehalten. Eine korrekte Entfernung von 20 bis 25 Metern zeigt dabei, dass die Messwerte
14 schon halbiert werden. Wir meinen: Das sind keine Einzelfälle. Natürlich wird das Ergebnis
15 umso künstlicher in die Höhe getrieben, je näher die Messstation am Fahrbahnrand steht.
16 Daher fordern wir: Das Umweltministerium RLP hat die Standorte aller Messstationen auf
17 Konformität mit den EU-Regularien zu überprüfen. Wenn Fahrverbote aufgrund falscher
18 Messwerte zu Stande kommen, ist das staatlicher Betrug am Autofahrer!"

Antragsbuch 78. Landeskongress

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße



junge liberale
Rheinland-Pfalz

Antrag 703	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Wolfsabschuss-Verbot beibehalten**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz sprechen sich grundsätzlich für die Beibehaltung des
4 Wolfsabschuss-Verbotes aus."

5

6 **Begründung:**

7

8 "Wird mündlich erbracht"

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 704	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 **Aufklärung statt Verbote – transparente Lebensmittellabels als Alternative zum staatlichen**
2 **Reglementierungswahn**
3
4 "Die Jungen Liberalen sprechen sich für einen bewussten und nachhaltigen Konsum von
5 Lebensmitteln aus. Hierfür fordern wir, ein gesetzlich vorgeschriebenes und einheitliches Label
6 zu entwickeln, welches dem Konsumenten schnell und in einem genormten Muster eine
7 Übersicht über die wichtigsten Informationen zu dem vorliegenden Produkt liefert. Auf diese
8 Weise stehen dem Verbraucher sofort die Angaben zur Verfügung, die er kennen muss, um
9 eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Das Label ermöglicht es selbstbestimmten und
10 aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern, eigenverantwortlich zu entscheiden, welche Produkte
11 sie kaufen und welche nicht – so ist es liberaler als Verbote und wesentlich wirkungsvoller als
12 eine „Zuckersteuer“ oder dergleichen mehr.
13
14 Dies wären bei tierischen Produkten beispielsweise:
15 –Art der Tierhaltung
16 –Herkunft des Tieres
17 –Ort der Schlachtung
18 –genutzte Futterstoffe (hier zu erwähnende Futtermittel werden gesondert bestimmt)
19
20 Bei pflanzlichen Produkten wären dies beispielsweise:
21 –genutzte Giftstoffe (ab bestimmter Mindestmenge)
22 –Herkunft



23 –natürliche oder künstliche Erzeugung

24

25 Für weitere Produkte sollten bestimmte, als schädlich geltende, Inhaltsstoffe wie Salz, Zucker
26 und Fette ab gewissen Mindestmengen deutlich dargestellt werden."

27

28 **Begründung:**

29

30 "Wird mündlich erbracht"

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**



Antrag 705	
Antragsteller:	Lucas Kortmann (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Straßen aus recyceltem Plastik**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern testweise Einsetzen zum Testen von Straßen aus Plastik nach
4 Vorbild Rotterdams in wenigen Kilometern. Dies soll Erkenntnisse über diese innovative
5 Technologie liefern, damit wir den Einsatz bei einem Erfolg diese Technologie ausweiten
6 können.

7 "

8

9 **Begründung:**

10

11 "Rheinland-Pfalz hat mit eine liberalen Verkehrsministerium und solidem Haushalt die idealen
12 Voraussetzungen zum Testen dieser Technologie. Diese Straßen sind laut Hersteller 3-12 mal
13 so lange einsetzbar wie herkömmliche Asphaltstraßen. Ein wesentlicher Vorteil ist auch, dass
14 sie keinerlei untere Schichten wie Asphalt ihn braucht, benötigen. So spart man Ressourcen im
15 Straßenbau. Sollte ein Teil beschädigt werden, kann es einfach ersetzt werden. Dies kann zu
16 vielen Vorteilen für Straßenbau, und dem Träger führen. Daher müssen wir einige Kilometer
17 mit diesen Straßen bauen, um die Wirksamkeit zu testen."



Antrag 706	
Antragsteller:	Marten Pukrop, Lucas Kortmann (Marten Pukrop)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Wirksamer Emissionszertifikathandel**

2

3 "Der Klimawandel ist eines der gravierendsten Probleme der Welt und regelmäßig zeigt sich,
4 dass wir dem Problem nicht Herr werden. Grund hierfür ist auch, dass das Problem wenig
5 greifbar ist und gleichzeitig viele Lösungsvorschläge mit enormen negativen, sozialen und
6 wirtschaftlichen Folgen verbunden sind oder, wie viele Verbote, die Probleme nur verlagern.
7 Die marktwirtschaftliche Lösung ist dabei der Emissionszertifikathandel, allerdings zeigt dieser
8 aktuell wenig Wirkung und bleibt unter den Erwartungen, daher ist hier ein Update notwendig.
9 Der Emissionszertifikathandel muss so angepasst werden, dass er zu einem fairen Markt führt
10 und angemessen die gesellschaftlichen Kosten der Umweltschädigung in Güter einpreist. Dafür
11 muss der Zertifikatszwang auf alle Treibhausgase und alle relevanten Branchen und Importe
12 ausgeweitet werden. Um aber sozial verträglich zu bleiben, muss ein Weg gefunden werden,
13 diese Einnahmen angemessen auch wieder an den Bürger auszuzahlen.

14 Eine (mindestens) europaweite Lösung schaffen

15 Gemeinsam mit den anderen Nationen der Europäischen Union ist das aktuell bestehende
16 System so umzugestalten, dass alle Branchen (im positiven wie im negativen) und alle
17 Treibhausgase inkludiert sind. Die Menge der Zertifikate muss so bestimmt werden, dass
18 mindestens die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden. Von den teilnehmenden
19 Nationen ist ein wissenschaftlicher Rat einzurichten, der die Menge der ausgegebenen
20 Zertifikate bestimmt sowie wenn fraglich auch die Menge der zu erwerbenden Zertifikate.

21 Nicht nur die heimische Industrie bestrafen

22 Damit aber nicht nur die umweltschädliche Produktion einfach in Länder ohne Zertifikathandel
23 verlegt wird, müssen auch die Importe aus Ländern ohne vergleichbaren Zertifikathandel
24 angemessen mit einem Zertifikatzwang belegt werden. Die Menge der benötigten Zertifikate
25 ist dabei durch einen wissenschaftlichen Rat länder- und produktspezifisch zu definieren. Ist ein
26 Importeur der Meinung sein Produkt ist umweltfreundlicher produziert als die allgemeine
27 Schätzung für sein Land, so kann er eine spezifische Festlegung beantragen und muss
28 entsprechende Nachweise über Produktion und Lieferkette erbringen. Die Kosten des
29 Verfahrens trägt er.

30 Ausgabe der Zertifikate

31 Die Menge der zur Verfügung stehenden Zertifikate richtet sich dabei mindestens nach den
32 Zielen des Pariser Klimaabkommens. Die zur Verfügung stehenden Zertifikat werden dabei über
33 einen Schlüssel, der sich zur Hälfte aus der anteiligen Bevölkerung und zur Hälfte aus der
34 anteiligen Fläche berechnet, auf die teilnehmenden Nationen verteilt und können dann von
35 diesen emittiert werden.

36 Rückzahlung an den Bürger

37 Der Hauptgrund für der Klimawandel ist der Konsum des Menschen. Damit ein
38 funktionierendes System aber den Konsum für Einkommensschwache nicht massiv verteuert
39 und damit zu sozialen Unruhen führt, ist es notwendig, dass die Einnahmen diese Menschen
40 auch wieder erreichen und ihre Lebenshaltungskosten nicht einfach massiv erhöht werden.

41 Weltweiter Emissionszertifikathandel

42 Der Klimawandel ist aber nicht nur ein europäisches, sondern ein globales Problem. Klares Ziel
43 muss daher sein, dass weltweit die gesellschaftlichen Kosten des Klimawandels eingepreist
44 werden. Die EU sollte dabei bereits bei der Einführung Partner suchen aber vor allem
45 Freihandelsabkommen darauf ausrichten, dass andere Länder vergleichbare Systeme
46 etablieren oder direkt in das europäische System einsteigen. Die Menge der für Importe zu
47 erwerbenden Zertifikate darf dabei höher festgelegt werden als der rein wissenschaftlich
48 notwendige Wert um anderen Ländern einen Anreiz zu bieten, sich ebenfalls am
49 Emissionszertifikathandel zu beteiligen.

50 Sonstiges



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

- 51 Um eine Übersteuerung zu verhindern sind im Gegenzug andere Lenkungssteuern
52 abzuschaffen, wie z.B. das Erneuerbare-Energien-Gesetz.
53 Vergleichbare Systeme sind nach Möglichkeit auch für Schadstoffe zu schaffen, die nicht zu den
54 Treibhausgasen gehören."
55
56 **Begründung:**
57
58 "Wird mündlich erbracht"

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**

Antrag 707	
Antragsteller:	Matthias Keidel, Luca Lichtenthäler (Luca Lichtenthäler)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Mobilunkturbo - jetzt!**

2

3 "Wir brauchen in Deutschland eine bessere Netzabdeckung beim Mobilfunk. Das spüren vor
4 allem die Menschen und Unternehmen jenseits der Großstädte im ländlichen Raum.
5 Funklöcher und abreißende Datenverbindung – sogenannte weiße und graue Flecken – sind
6 dort oftmals Alltag. Doch der ländliche Raum darf bei der gigabitfähigen Netzinfrastruktur
7 gegenüber den urbanen Gebieten nicht ins Hintertreffen geraten. Dort müssen die Menschen
8 ebenso wie Unternehmen, Behörden und Schulen vom digitalen Wandel profitieren können.
9 Dafür müssen wir den flächendeckenden

10

11 Mobilfunkausbau – das beinhaltet natürlich auch den damit verbundenen Ausbau von
12 Glasfasernetzen zum Anschluss von Mobilfunkmasten – endlich konsequent und
13 schnellstmöglich angehen. Schnelles Internet muss überall verfügbar sein können. Das schont
14 nicht nur die Nerven der Menschen, weil ihre Verbindung seltener abreißt. Eine
15 flächendeckende Netzversorgung ist zudem Voraussetzung für viele Zukunftstechnologien und
16 damit entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes. Deshalb brauchen wir nicht
17 nur Wettbewerb um das beste Netz, sondern auch Wettbewerb auf den bestehenden Netzen.
18 Um das Netz für morgen bereits heute zu errichten wollen wir:

19

20 5G schneller in die Fläche bringen

21 Bestehende Lizenzen, die momentan für 4G-LTE genutzt werden, aber auch zusätzlich für 5G
22 genutzt werden können, vorzeitig verlängern. Für die zusätzliche Planungssicherheit der

23 Netzbetreiber verpflichten sich diese erstens zu einem zusätzlichen Flächenausbau. In Bezug
24 auf die Versorgungsaufgabe sollen zukünftig nicht mehr die angeschlossenen Haushalte,
25 sondern die versorgten Gebiete maßgeblich sein. Zweitens werden die Lizenzinhaber dazu
26 verpflichtet, Diensteanbietern den Zugriff auf diese Frequenzen zu gewähren. Und drittens
27 verpflichten sich die Netzbetreiber auf einen detaillierten Fahrplan mit festgelegtem
28 Enddatum, in dem festgehalten wird, wie die verlängerten Frequenzen schnellstmöglich auch
29 für 5G genutzt werden können. Denn die aktuell zur Versteigerung stehenden Frequenzen sind
30 nicht für den Ausbau in der Fläche geeignet, sondern für den Kapazitätsausbau in den
31 Ballungsgebieten. Auf diese Weise schließen wir weiße und graue Flecken, stärken den
32 Wettbewerb und ermöglichen deutlich früher als bisher geplant 5G in der Fläche.

33

34 Keine Verzögerung der Frequenzversteigerung und Wettbewerb stärken

35 Die aktuelle Versteigerung von 5G Frequenzen soll schnellstmöglich durchgeführt werden.
36 Wenn Deutschland Vorreiter bei dieser wegweisenden Technologie sein soll, können wir uns
37 keine weitere Verzögerung leisten. Wir begrüßen ausdrücklich den Willen der
38 Bundesnetzagentur, den Wettbewerb im Mobilfunkmarkt zu stärken. Darüber hinaus wollen
39 wir, durch unsere Forderung nach einer Diensteanbieterverpflichtung, weiteren
40 Infrastrukturanbietern ermöglichen, auch in der Fläche ein wettbewerbsfähiges Angebot
41 stellen zu können. Obwohl sie zunächst nur Kapazitätsfrequenzen besäßen, hätten sie somit
42 ein konkurrenzfähiges Netz. Für die aktuelle Frequenzversteigerung wollen wir das
43 Verhandlungsgebot der Netzbetreiber mit Diensteanbietern zu einer
44 Verhandlungsverpflichtung ausbauen. Darüber hinaus sollen die Eingriffsrechte der
45 Bundesnetzagentur ausgebaut werden - bis hin zu der Möglichkeit eine
46 Diensteanbieterverpflichtung zu erlassen - sollten sich Infrastrukturbetreiber und die
47 Diensteanbieter nicht privatwirtschaftlich einigen.

48

49 Bereitstellung von regionalen Frequenzen

50 Ein 100 MHz breites Band aus dem 3,6 GHz Spektrum ist für Antragsteller aus der Industrie zu
51 reservieren. Denn mit 5G können erstmals ganze Industrieanlagen vernetzt werden. Wir

52 befürworten dies ausdrücklich und fordern die Bereitstellung von lokalen und regionalen
53 Frequenzen für die Industrie.

54

55 Flächenabdeckung

56 In den seltenen Fällen, in denen weiße oder graue Flecken trotz erhöhter
57 Flächenversorgungsauflagen über 2025 hinaus bestehen bleiben, räumen wir den betroffenen
58 Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten beim Mobilfunkausbau ein. In einem ersten Schritt
59 sollen die Kommunen den Ausbau von Funkmasten ausschreiben können. Sollte sich jedoch
60 kein Bieter bzw. kein geeignetes Angebot finden, sollen die Kommunen den Ausbau mit Hilfe
61 eines Gutscheinsystems selbst vornehmen und den Zugang anschließend vermieten können.
62 Der Finanzbedarf kann frühestens 2025 bewertet werden, da die Netzbetreiber bis dahin
63 erstmal die verschärften Auflagen durch die Frequenzvergabe erfüllen müssen. Die benötigte
64 Finanzierung soll aus den Haushaltsmitteln für den Breitbandausbau gedeckt werden."

65

66 **Begründung:**

67

68 "Mündlich"

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 708	
Antragsteller:	Luca Lichtenthäler, Matthias Keidel (Matthias Keidel)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Breitbandausbau jetzt!**

2

3 "Breitbandausbau jetzt!

4

5 SPD, FDP und Bündnis 90-Die Grünen haben sich im aktuell geltenden Koalitionsvertrag dazu
6 verpflichtet, dass mit Blick auf die Breitbandinfrastruktur „bis 2018 flächendeckend 50 Mbit-s
7 im Technologiemix zur Verfügung stehen“. Dieses Ziel hat die Landesregierung verfehlt. Zwar
8 gewinnt der Ausbau derzeit an Dynamik, jedoch sind gerade im ländlichen Raum viele
9 Kommunen noch nicht ans schnelle Netz angeschlossen.

10

11 Wir Junge Liberale fordern die Landesregierung dazu auf, den Breitbandausbau derart
12 voranzutreiben, dass schnellstmöglich eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50
13 Mbit-s als Zwischenschritt gewährleistet ist. Wir begrüßen dabei insbesondere, den Ausbau auf
14 Grundlage von Regionalclustern aus Landkreisebene.

15

16 Ziel muss es sein, Rheinland-Pfalz so schnell wie möglich flächendeckend mit leistungsfähiger
17 Glasfaser (FTTB) zu versorgen."

18

19 **Begründung:**

20

21 "Wird mündlich erbracht."



Antrag 801	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Abschaffung § 9 Abs. 6 EStG**

2

3 "Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz fordern die Abschaffung des § 9 Abs. 6 EStG."

4

5 **Begründung:**

6

7 "Durch den o.g. Absatz wird beschränkt, dass Kosten i.R.d. Erstausbildung (z.B.
8 Bachelorstudium ohne vorige Ausbildung) abzugsfähig sind. Die Abschaffung des Paragrafen
9 würde bereits ausreichen, um den Abzug zu ermöglichen.

10

11 § 9 Abs. 6 EStG lautet:

12 "Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seine Berufsausbildung oder für sein Studium sind
13 nur dann Werbungskosten, wenn der Steuerpflichtige zuvor bereits eine Erstausbildung
14 (Berufsausbildung oder Studium) abgeschlossen hat oder wenn die Berufsausbildung oder das
15 Studium im Rahmen eines Dienstverhältnisses stattfindet. Eine Berufsausbildung als
16 Erstausbildung nach Satz 1 liegt vor, wenn eine geordnete Ausbildung mit einer Mindestdauer
17 von 12 Monaten bei vollzeitiger Ausbildung und mit einer Abschlussprüfung durchgeführt wird.
18 Eine geordnete Ausbildung liegt vor, wenn sie auf der Grundlage von Rechts- oder
19 Verwaltungsvorschriften oder internen Vorschriften eines Bildungsträgers durchgeführt wird.
20 Ist eine Abschlussprüfung nach dem Ausbildungsplan nicht vorgesehen, gilt die Ausbildung mit
21 der tatsächlichen planmäßigen Beendigung als abgeschlossen. Eine Berufsausbildung als
22 Erstausbildung hat auch abgeschlossen, wer die Abschlussprüfung einer durch Rechts- oder



- 23 Verwaltungsvorschriften geregelten Berufsausbildung mit einer Mindestdauer von 12 Monaten
- 24 bestanden hat, ohne dass er zuvor die entsprechende Berufsausbildung durchlaufen hat."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**

Antragsbuch 78. Landeskongress

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße



junge liberale
Rheinland-Pfalz

Antrag 802	
Antragsteller:	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Sektsteuer**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung der Sektsteuer."

4

5 **Begründung:**

6

7 "Diese ist nicht mehr Zeitgemäß."

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 901	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 **SÄ-Antrag (Ordnung in der GO) an FDP LPT**
- 2
- 3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden SÄ-Antrag auf dem nächsten FDP-
- 4 Landesparteitag einzubringen.
- 5 >Der Landesparteitag möge beschließen:
- 6 >In der Geschäftsordnung zur Satzung der Freien Demokraten RLP wird der §11 (Anträge zum
- 7 ordentlichen Parteitag) in den Abschnitt „IV. Anträge und Wahlvorschläge“ geschoben.
- 8
- 9 >Begründung:
- 10 >Macht so einfach mehr Sinn. ????
- 11 "
- 12
- 13 **Begründung:**
- 14
- 15 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren

Antragsbuch 78. Landeskongress

16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße



junge liberale
Rheinland-Pfalz

Antrag 902	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 SÄ-Antrag (Alex-Müller-Verfahren) an FDP LPT

2

3

4 Begründung:

5

6 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."

Vorabversion für das Alex-Müller-Verfahren



Antrag 903	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **SÄ-Antrag (Mitgliederteilhabe) an FDP LPT**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden SÄ-Antrag auf dem nächsten FDP-
4 Landesparteitag einzubringen.

5 >Der Landesparteitag möge beschließen, in der Geschäftsordnung zur Landessatzung vor §19
6 die folgenden §§ neu einzufügen:

7 >§ 19 Mitgliederentscheid, Mitgliederbegehren

8 >(1)Der Landesparteitag, der Landeshauptausschuss oder der Landesvorstand können mit
9 einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten beschließen, dass ein Antrag der
10 Entscheidung aller Mitglieder des Landesverbands unterstellt wird (Mitgliederentscheid). Ein
11 Mitgliederentscheid ist außerdem durchzuführen, wenn mindestens 5 Kreisverbände, durch
12 Beschluss eines Kreisparteitages, ihn beantragen.

13 >Der Landesvorstand hat das Recht, zusammen mit der beantragten Formulierung einen
14 Alternativantrag zur Abstimmung zu stellen. Die Kreisverbände sind gehalten, zum Thema des
15 jeweiligen Mitgliederentscheids Informationsveranstaltungen durchzuführen. Diese können
16 auch auf elektronischem Wege erfolgen.

17 >(2)Mitgliederentscheide sind unzulässig bei:

18 >>1.Änderungen der Satzung, der Geschäftsordnung, der Beitragsordnung und der
19 Schiedsordnung des Landesverbands,

20 >>2.innerparteilichen und öffentlichen Wahlen, die Bestimmung eines Spitzenkandidaten zur
21 Landtagswahl ist keine Wahl im Sinne dieser Vorschrift.

22 >>3.Entscheidungen über den Haushaltsplan des Landesverbands, die Beschäftigung von

23 Mitarbeitern und andere Fragen der inneren Organisation des Landesverbandes und der
24 Landesgeschäftsstelle.

25 >>4. Anträge, die bereits in den letzten zwei Jahren Gegenstand eines Mitgliederentscheides
26 waren.

27 >(3) Über einen Antrag können die Mitglieder des Landesverbandes einen Mitgliederentscheid
28 beantragen (Mitgliederbegehren). Ein Mitgliederbegehren muss schriftlich eingereicht werden,
29 es muss die zur Entscheidung zu bringende Frage in einer eindeutig mit Ja oder Nein zu
30 beantwortenden Form sowie eine Begründung enthalten. Es muss von mindestens 5 % der
31 Mitglieder des Landesverbandes unterzeichnet sein.

32 >(4) Ein Mitgliederentscheid braucht nicht durchgeführt zu werden, wenn ein Landesparteitag
33 oder ein Landeshauptausschuss im Sinne des Mitgliederbegehrens entscheidet.

34 >(5) Über die formale Zulässigkeit des Mitgliederbegehrens entscheidet der Landesvorstand.
35 Gegen einen negativen Entscheid des Landesvorstandes steht die Beschwerde beim
36 Landesschiedsgericht offen. Der Landesvorstand muss spätestens auf seiner zweiten Sitzung
37 nach Antragseingang die Angelegenheit durch Abgabe eines begründeten Votums behandeln.

38 >(6) Bei einem Mitgliederentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, indem sie
39 von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens
40 20 % der Mitglieder des Landesverbandes beträgt. Der nach Satz 1 gescheiterte
41 Mitgliederentscheid wird in diesem Falle als Mitgliederbefragung gewertet. Bei
42 Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche
43 Mehrheit nicht erreicht worden, hat das zuständige Landesorgan die Angelegenheit in seiner
44 nächsten Sitzung zu entscheiden.

45 >(7) Gegenstand eines Mitgliederentscheides kann auch die Bestimmung eines
46 Spitzenkandidaten zur Landtagswahl sein. Erklären nicht spätestens 14 Tage nach der
47 innerparteilichen Bekanntmachung eines Beschlusses einen Mitgliederentscheid
48 durchzuführen oder eines erfolgreichen Mitgliederbegehrens mindestens zwei Bewerber, sich
49 um die Funktion des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl zu bewerben, wird kein
50 Mitgliederentscheid durchgeführt. Spitzenkandidat ist, wer die meisten gültigen Stimmen und
51 mindestens die Stimmen von 20% der Mitglieder des Landesverbandes erhält. Erfüllt kein

52 Bewerber diese Voraussetzungen, entscheidet der Landesparteitag. Bei Stimmgleichheit
53 mehrerer Bewerber entscheidet der Landesparteitag im 1. Wahlgang ausschließlich über die
54 stimmengleichen Bewerber.

55 >(8)Das Nähere regelt eine vom Landesvorstand aufzustellende Verfahrensordnung für die
56 Durchführung des Mitgliederentscheides. Eine elektronische Durchführung der Verfahren ist
57 unter Beachtung des Datenschutz und der Sicherstellung des Stimmrechts der Mitglieder
58 grundsätzlich zulässig.

59
60 >§ 20 Mitgliederbefragung

61 >(1)Der Landesparteitag, der Landeshauptausschuss oder der Landesvorstand können mit
62 absoluter Mehrheit der Stimmberechtigten verlangen, dass eine schriftliche Befragung aller
63 Mitglieder des Landesverbands durchgeführt wird (Mitgliederbefragung). Diese kann
64 außerdem von mindestens 5 Kreisverbänden oder von 5 % der Mitglieder verlangt werden.

65 >(2)Mitgliederentscheide sind unzulässig bei:

66 >>1.innerparteilichen Wahlen, ausgenommen die Wahl zum Landesvorsitzenden.

67 >>2.der Aufstellung von Bewerbern für öffentliche Wahlen, ausgenommen die Wahl von
68 Spitzenkandidaten des Landesverbandes zur Bundestags-, Europa- und Landtagswahl

69 >>3.Entscheidungen über den Haushaltsplan des Landesverbands, die Beschäftigung von
70 Mitarbeitern und andere Fragen der inneren Organisation des Landesverbandes und der
71 Landesgeschäftsstelle.

72 >(3)Einem Verlangen nach Durchführung einer Mitgliederbefragung ist zu entsprechen, wenn
73 innerhalb von 14 Tagen nach der innerparteilichen Bekanntmachung des Verlangens
74 mindestens zwei Bewerber erklären, sich um die Funktion, die Gegenstand der
75 Mitgliederbefragung sein soll, zu bewerben. Andernfalls wird keine Mitgliederbefragung
76 durchgeführt.

77 >(4)Der Mitgliederbefragung kommt politische, nicht aber rechtliche Wirkung zu. Die
78 gesetzlichen und satzungsmäßigen Grundlagen der entsprechenden Landesorgane bleiben
79 unberührt. Dies gilt insbesondere für die Chancengleichheit der Bewerber und das freie
80 Mandat der Delegierten.



81 >(5)Das Nähere regelt eine vom Landesvorstand aufzustellende Verfahrensordnung für die
82 Durchführung der Mitgliederbefragung. Eine elektronische Durchführung der Verfahren ist
83 unter Beachtung des Datenschutz und der Sicherstellung des Stimmrechts der Mitglieder
84 grundsätzlich zulässig.

85

86 >Die nachfolgenden §§ in der Geschäftsordnung zur Landessatzung verschieben sich in der
87 Nummerierung entsprechend.

88

89 >Begründung:

90 >Die FDP versteht sich als Mitgliederpartei. Ein wesentliches Element hierzu ist die noch
91 stärkere unmittelbare Beteiligung der Mitglieder an zentralen inhaltlichen Fragen, aber auch
92 an Entscheidungen über wichtige Positionen. Entsprechend sollten Verfahren hierzu
93 geschaffen werden.

94 >Der LV NRW und der Bundesverband haben auch den Mitgliederentscheid etc. in ihren
95 Satzungen eingebaut.

96 >Der hier vorgelegte Entwurf entspricht in großen Teilen den Formulierungen in der
97 Bundessatzung.

98 Weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

99 "

100

101 **Begründung:**

102

103 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."



Antrag 904	
Antragsteller:	Bezirksverband Kobelnz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **SÄ-Antrag (Koalitionsentscheidung) an FDP LPT**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden SÄ-Antrag auf dem nächsten FDP-
4 Landesparteitag einzubringen.

5

6 >Der Landesparteitag möge beschließen:

7 >Zukünftig soll die finale Entscheidung über die Koalitions- und Regierungsbeteiligung der FDP
8 Rheinland-Pfalz durch einen a. o. Landesparteitag erfolgen. Hierzu soll die Satzung wie folgt
9 angepasst werden:

10 >Füge in §15 der Satzung des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz ein:

11 >(3)Auf einem a.o. Landesparteitag wird nach Landtagswahlen zum Zwecke einer Koalitions-
12 und Regierungsbildung über die Nominierung der vom Landesvorstand für Regierungsämter
13 vorgeschlagenen Personen und über die politischen Forderungen für eine Koalitionsbildung
14 abgestimmt.

15

16 >Streiche in §16 (2) der Satzung des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz den zweiten Satz:

17 >„Insbesondere stimmt er nach Landtagswahlen zum Zwecke einer Koalitions- und
18 Regierungsbildung über die Nominierung der vom Landesvorstand für Regierungsämter
19 vorgeschlagenen Personen und über die politischen Forderungen für eine Koalitionsbildung
20 ab.“

21



- 22 >Begründung:
- 23 >Erfolgt mündlich."
- 24
- 25 **Begründung:**
- 26
- 27 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**



Antrag 905	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **SÄ-Antrag an FDP LHA**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt daraufhin zu wirken, dass folgende SÄ-Antrag in den FDP-
4 Landeshauptausschuss eingebracht werden.

5 >Der Landeshauptausschuss möge beschließen:

6 >Die Rahmensatzung für Bezirke wird wie folgt geändert:

7 >1)In §12 Abs. 1 wird im Spiegelstrichpunkt „- 16 Delegierte gemeinsam“ die „16“ durch „5“
8 ersetzt.

9 >2)In §12 Abs. 1 wird nach dem Spiegelstrichpunkt „- der Bezirksverband der Jungen Liberalen
10 „ ein zusätzlicher Spiegelstrichpunkt „- der Bezirksvorstand der Jungen Liberalen“ eingefügt.

11 >3)In §12 Abs. 4 wird in der ersten Zeile „20“ durch „10“ ersetzt.

12

13 >Begründung:

14 >zu 1)Zum LPT sind 10 Delegierte gemeinsam antragsberechtigt. Der LPT hat 200 Delegierte,
15 während ein BPT nur 80 Delegierte hat.

16 >zu 2)Auf LPT's ist der Landesvorstand der JuLis auch antragsberechtigt.

17 >zu 3)Auf LPT's, mit 200 Delegierten, sind 20 Delegierte berechtigt D-Anträge zu stellen. Auf
18 Bezirksebene haben wir aber weniger als die Hälfte an Delegierten, somit erachten wir es als
19 sinnvoll die Anzahl der benötigten Delegierten zu halbieren.

20 Weitere Begründungen erfolgen evtl. noch mündlich.

21



- 22 >Bemerkung:
- 23 >Es wird um Abschnittweise Abstimmung gebeten."
- 24
- 25 **Begründung:**
- 26
- 27 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**



Antrag 906	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Antrag an FDP-LPT (Alex-Müller-Verfahren in Untergliederung)**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden Antrag auf dem nächsten FDP-
4 Landesparteitag einzubringen.

5

6 >Der Landesparteitag möge beschließen:

7 >Der Landesvorstand wird beauftragt einen Satzungsänderungsantrag zur Einführung des
8 Alex-Müller Verfahrens auf Bezirksebene an den Landeshauptausschuss zu stellen. Hierzu soll
9 sich an dem entsprechenden Passus der Landessatzung gehalten werden.

10

11 >Begründung:

12 >Erfolgt mündlich.

13

14 >Bemerkung:

15 >Dieser Antrag wird zurückgezogen, wenn der entsprechende Satzungsänderungsantrag zur
16 Einführung des Alex-Müller-Verfahrens auf Landesebene scheitert.

17

18 "

19

20 **Begründung:**

21

22 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."



Antrag 907	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Antrag an FDP-LPT (Mitgliederteilhabe in Untergliederung)**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden Antrag auf dem nächsten FDP-
4 Landesparteitag einzubringen.

5

6 >Der Landesparteitag möge beschließen:

7 >Der Landesvorstand wird beauftragt einen Satzungsänderungsantrag zur Einführung des
8 Mitgliederentscheids, dem Mitgliederbegehren und der Mitgliederbefragung auf Bezirksebene
9 an den Landeshauptausschuss zu stellen. Hierzu soll sich an den entsprechenden Passus der
10 Landessatzung gehalten werden.

11

12 >Begründung:

13 >Erfolgt mündlich.

14

15 >Bemerkung:

16 >Dieser Antrag wird zurückgezogen, wenn der entsprechende Satzungsänderungsantrag zum
17 Mitgliederentscheid, Mitgliederbegehren, Mitgliederbefragung auf Landesebene scheitert."

18

19 **Begründung:**

20

21 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."



Antrag 908	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Antrag an FDP-LPT (elektronische Beschlüsse)**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden SÄ-Antrag auf dem nächsten FDP-
4 Landesparteitag einzubringen.

5

6 >Der Landesparteitag möge beschließen:

7 >Der Landesvorstand wird beauftragt die folgenden Ideen (sofern rechtlich zulässig) zu einem
8 Satzungsänderungsantrag für den nächsten LPT aufzubereiten.

9 >>Vorstandssitzungen können auch auf elektronischem Wege (z.B. als Telefon-, Discord, bzw.
10 Skype-Konferenz) stattfinden. Es ist auch zulässig, wenn einzelne Mitglieder auf elektronischem
11 Wege an Vorstandssitzungen mit ihrem vollen Stimmrecht teilnehmen, sofern dies technisch
12 möglich ist. Im Protokoll der jeweiligen Sitzung ist fest zu halten, wer elektronisch und wer
13 physisch anwesend war.

14 >>Vorstände können Beschlüsse auch auf elektronischem Wege durch schriftliche
15 Umlaufverfahren (z.B. via E-Mail) unter Wahrung des Datenschutzes, ohne Einberufung von
16 Vorstandssitzungen, herbeiführen. So entstandene Entschlüsse sind mit Abstimmungsergebnis
17 im Protokoll der nächsten Vorstandssitzung zu vermerken. Auf Antrag von 1-3 der Mitglieder
18 des Vorstandes, ist die entsprechende Beschlussvorlage auf der nächsten Vorstandssitzung zu
19 diskutieren und darüber zu entscheiden.

20 >Ebenso soll der Landesvorstand einen analogen Antrag zur Änderung der Satzungen aller
21 seiner Untergliederungen an den Landeshauptausschuss stellen.

22



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

- 23 >Begründung:
- 24 >Anpassung an die Realität und technische Möglichkeiten.
- 25 >Zudem sind Umlaufverfahren schon jetzt laut Bundessatzung grundsätzlich möglich. In
- 26 unserer Landessatzung findet sich hierzu bislang leider keinerlei Regelung.
- 27 >Weitere Begründungen erfolgen evtl. noch mündlich."
- 28
- 29 **Begründung:**
- 30
- 31 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**



Antrag 909	
Antragsteller:	Bezirksverband Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **SÄ-Antrag (Beschränkung von Anträgen ohne Fristenbindung) an FDP LPT**

2

3 "Der Landesvorstand wird beauftragt den folgenden SÄ-Antrag auf dem nächsten FDP-
4 Landesparteitag einzubringen.

5

6 >Der Landesparteitag möge beschließen:

7 >Ersetze in §11 Abs. 2 der Geschäftsordnung zur Satzung der Freien Demokraten RLP die
8 ersten beiden Sätze durch:

9 >>Der Landesvorstand kann pro Parteitag bis zu 3 Anträge stellen, ohne an Fristen gebunden
10 zu sein. Diese Anträge dürfen jeweils, inklusive Begründung, eine Wortanzahl von 500 Wörtern
11 nicht überschreiten. Die Anträge der anderen Antragsberechtigten, sowie weitere Anträge des
12 Landesvorstandes, sind bis spätestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages
13 schriftlich bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

14

15 >Begründung:

16 >Da in den letzten Jahren immer mehr und immer längere Anträge in letzter Minute (teilweise
17 wenige Minuten vor der Antragsberatung) vom LaVo eingebracht wurden, sollten wir uns
18 dieses Themas annehmen. Es ist den Delegierten nicht zuzumuten, sich mehrere Seiten an
19 Anträgen in wenigen Minuten durchzulesen, um informiert über einen Antrag entscheiden zu
20 können. Die meisten Delegierten lesen diese Anträge nicht mehr und stimmen nur noch nach
21 Bauchgefühl bzw. Gesinnungstreue gegenüber den Antragstellern ab. Eine faktische
22 Auseinandersetzung mit solchen Anträgen findet nur sehr eingeschränkt statt. Wir halten eine



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

- 23 Länge von 3-mal bis zu 500 Wörtern (ca. eine DinA4-Seite) als geradeso noch vertretbar, um
24 solchen Anträgen die nötige Aufmerksamkeit bei der Antragsberatung zu zustehen.
25 >Dies soll nicht als Angriff gegen die Autorität des LaVo gewertet werden, sondern einfach eine
26 praktikable Lösung darstellen, die die Delegierten nicht überfordert. "

27

28 **Begründung:**

29

30 "Ist dem Antragstext zu entnehmen."

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 910	
Antragsteller:	Bezirksvorstand Koblenz (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **FDP RLP: Liberalen Geist stärken – Mitglieder respektieren**

2

3 "Die JuLis RLP fordern die FDP RLP zu einem respekt- und achtungsvolleren Umgang mit
4 Entscheidungen ihrer Mitglieder auf. Die FDP soll sich in der Ampel-Koalition für die
5 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge noch in dieser Legislaturperiode stark machen."

6

7 **Begründung:**

8

9 "Hintergrund: Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

10

11 Auf dem außerordentlichen Landesparteitag im Oktober 2018 stimmten die Mitglieder der FDP
12 Rheinland-Pfalz mit überwältigender Mehrheit für die Abschaffung der Straßen-
13 ausbaubeiträge. Was hat es damit auf sich? Beim Ausbau, der Sanierung oder der Erneuerung
14 kommunaler Straßen werden die betreffenden Anlieger durch die Straßenausbaubeiträge an
15 den Kosten finanziell beteiligt. Je nach Kommune müssen die Anlieger bis zu 75% der Kosten
16 aus eigener Tasche zahlen. Dies führt zu kuriosen Situationen: Regelmäßig werden Anlieger
17 aufgefordert, innerhalb einer kurzen Zahlungsfrist einen fünfstelligen Betrag an
18 Straßenausbaubeiträgen zu zahlen. In einigen Einzelfällen hatten die Anlieger sogar
19 sechsstellige Beiträge abzuführen. Viele Anlieger, gerade junge Menschen,
20 Einkommensschwache oder Rentner, können diese finanzielle Last unmöglich tragen. Die
21 Straßenausbaubeiträge führen diese Menschen massenweise in den Ruin. Die Betroffenen

22 hätten die Erhebung der Straßenausbaubeiträge dabei nichtmals vorhersehen oder
23 beeinflussen können.

24

25 Traurig ist dabei, dass die Straßenausbaubeiträge den Kommunen bei der Finanzierung des
26 Straßenausbaus kaum helfen: Große Teile der Einnahmen werden nämlich durch einen
27 unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand für dieses Bürokratiemonster verschlungen. Zum
28 einen ist die Berechnung der Straßenausbaubeiträge sehr komplex und nimmt daher in den
29 kommunalen Verwaltungen große Ressourcen in Anspruch. Zum anderen setzen sich immer
30 mehr Anlieger gegen die Straßenausbaubeiträge gerichtlich zur Wehr. Die Kommunen haben
31 dann meist noch hohe Kosten für Rechtsstreitigkeiten zu tragen. Selbst wenn solche Prozesse
32 zu Gunsten der Kommunen enden, können die Anlieger die Beiträge meist gar nicht bezahlen.
33 Eher ziehen sie weg oder wählen den Weg in die Privatinsolvenz, da sie schlicht nicht über
34 ausreichend Mittel verfügen. Von den durch die Kommunen in Rechnung gestellten Beiträge,
35 kommt also nur ein Bruchteil tatsächlich bei den Kommunen an.

36

37 Hinzu kommt, dass die Beibehaltung der Straßenausbaubeiträge im Widerspruch zum erklärten
38 Ziel der Landesregierung steht, den ländlichen Raum zu fördern. Während sich die Kosten in
39 städtischen Gebieten auf viele Anlieger verteilen, müssen im ländlichen Raum wenige Anlieger
40 enorme Unsummen stemmen. Da die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen unberechenbar
41 ist, spricht dies extrem gegen ein Leben auf dem Land. Hinzu kommt, dass alle übrigen Straßen
42 – seien sie vom Kreis, vom Land oder vom Bund – aus Steuermitteln finanziert werden. Warum
43 soll das in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen ausgerechnet bei Kommunalstraßen anders
44 sein? Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist also dringend erforderlich.

45

46 Viele Bundesländer haben die Straßenausbaubeiträge schon abgeschafft, darunter Bayern,
47 Baden-Württemberg, Berlin, Bremen und Hamburg sowie bald womöglich NRW, Mecklenburg-
48 Vorpommern und Thüringen. In einigen anderen Bundesländern ist es den Kommunen
49 freigestellt, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder alternativ eine Ersatzzahlung vom Land

50 in Anspruch nehmen. Interessant: In diesen Bundesländern verzichten fast alle Kommunen auf
51 die Erhebung der Straßenausbaubeiträge.

52

53 Wenn man mit Mitarbeitern und Verantwortlichen in kommunalen Verwaltungen spricht,
54 beklagen sie alle die enorme Bürokratie und die Komplexität der Straßenausbaubeiträge (was
55 beides auch mit hohen Kosten verbunden ist) und votieren daher für eine Abschaffung. Die
56 Bürgerinnen und Bürger der Kommunen sind ohnehin für die Abschaffung der
57 Straßenausbaubeiträge. Insofern ist die Sichtweise aller Betroffenen weitestgehend eindeutig:
58 Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft!

59

60 Die Reaktion des Landesvorstands auf den Beschluss der Mitglieder

61

62 Rund drei Monate sind nun seit dem Beschluss der Mitglieder auf dem Landesparteitag
63 vergangen. Was ist seither passiert? Sind die Straßenausbaubeiträge abgeschafft? Nein! Wird
64 innerhalb der Landesregierung darüber diskutiert? Nein! Sind Diskussionen über das Thema
65 innerhalb der Landesregierung absehbar? Nein! Kritisiert die FDP die Sturheit der SPD bei
66 diesem Thema? Nein! Im Ergebnis herrscht also Stillstand. Der Landesvorstand, insbesondere
67 die Staatsminister, haben in dieser Frage seither nichts bewegt oder angestoßen.

68

69 Als sei das nicht schon genug, verschickte der Landesvorsitzende Volker Wissing nur wenige
70 Tage nach dem Landesparteitag eine E-Mail an alle Mitglieder, in der er schrieb, dass die
71 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Koalitionsvertrag nicht geregelt sei und daher in
72 der laufenden Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt würde.

73

74 Zur Wahrheit gehört aber: Im Koalitionsvertrag ist in Sachen Straßenausbaubeiträge gar nichts
75 geregelt, also weder die Abschaffung, noch die Beibehaltung. Die Abschaffung der
76 Straßenausbaubeiträge ist ein Thema, das viele Menschen in unserem Land beschäftigt. Will
77 der Landesvorstand darüber einfach hinwegsehen, obwohl es die Aufgabe einer

78 Landesregierung wäre, die Politik in erster Linie nach den Bedürfnissen der Bürger
79 auszurichten?

80

81 Es muss doch allen klar sein, dass man eine Politik für die nächsten fünf Jahre nicht am Reißbrett
82 planen kann, sondern auch immer neue Entwicklungen dazu treten, auf die man reagieren
83 muss. Oder wollte die Landesregierung etwa beim Ausbruch einer Krise untätig bleiben mit
84 dem Verweis, dass man diese nicht im Koalitionsvertrag geregelt habe? Es ist doch gerade die
85 FDP, die für eine offene Ideenvielfalt und für einen streitbaren, starken politischen Wettbewerb
86 eintritt. Will der Landesvorstand mit seinem Handeln ernsthaft ausdrücken, dass alle Ideen für
87 die nächsten fünf Jahre in Rheinland-Pfalz nur in wenigen Wochen Koalitionsverhandlungen
88 gemacht werden und anschließend für den Rest der Legislatur ein Ideenstillstand herrscht?

89

90 Schier aberwitzig erscheint in diesem Zusammenhang, dass sich die FDP in ihrem
91 Wahlprogramm für die in wenigen Monaten stattfindenden Kommunalwahlen für eine
92 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stark macht. Wenn wir das einerseits lautstark
93 fordern, innerhalb der Regierung aber schlicht untätig bleiben und unsere Überzeugungen
94 nicht entschieden vertreten, macht sich die FDP gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern
95 extrem unglaubwürdig.

96

97 Was soll man etwa einem Bürger im Straßenwahlkampf entgegenen, wenn man sich für die
98 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stark macht und der Bürger dann fragt, weshalb die
99 FDP das als Teil der Landesregierung nicht längst umgesetzt habe? Soll man dann etwa sagen:
100 „Wir sind zwar dafür, aber erst in maximal zwei Jahren – Solange akzeptieren wir, dass weitere
101 Existenzen zerstört und Menschen in den Ruin getrieben werden?!“ Genau diese
102 Scheinheiligkeit und Unglaubwürdigkeit hat dazu geführt, dass die FDP im Jahr 2013 hochkant
103 aus dem Bundestag geflogen und damit fast der ganze Liberalismus in Deutschland zu Grunde
104 gegangen ist.

105

106 Die wichtigste Aufgabe des Landesvorstands ist es, Beschlüsse der Mitglieder umzusetzen. Es
107 versteht sich von selbst, dass der Landesvorstand schon aus Respekt vor den Mitgliedern auf
108 eine zielstrebige und zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse hinwirken sollte. Dazu gehört auch,
109 in kontroversen Debatten innerhalb der Landesregierung, zumindest für die eigene Position –
110 auch öffentlich – zu kämpfen.

111
112 Wenn der Landesvorstand sich aber erdreistet, Beschlüsse der Mitglieder erstmal für Jahre auf
113 Eis zu legen, handelt er zutiefst undemokratisch. Er missachtet die Eigenständigkeit, die
114 Mündigkeit und die Selbstbestimmung – kurz die Liberalität – eines jeden Mitglieds stellt sich
115 bewusst über die Mitglieder. Der Landesvorstand ist aber nicht „mehr“ oder „besser“ als die
116 Mitglieder, er entsteht erst aus den Mitgliedern und sollte diesen daher von Natur aus Achtung
117 entgegenbringen. Tut er das nicht, ist es auch gerade Aufgabe der Julis, nicht wegzusehen,
118 sondern den Finger in die Wunde zu legen und den Landesvorstand daran zu erinnern, durch
119 wen er eigentlich gewählt wird und wem gegenüber er verpflichtet ist. Das Handeln des
120 Landesvorstands ist als zutiefst undemokratisch und illiberal zu kritisieren.

121
122 Wie will die FDP glaubwürdig liberale Politik machen, wenn sie intern im Umgang mit ihren
123 Mitgliedern selbst zutiefst illiberal handelt? "

Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren



Antrag 911	
Antragsteller:	Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz (Lucas Kortmann)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **BuKos Billiger und weitere Entlastung der Mitglieder vom BuVo**

2

3 "Die Jungen Liberalen fordern, dass die Bundeskongresse günstiger werden. Dazu soll die Party
4 nicht in privaten Lokalitäten stattfinden, sondern vom Bundesvorstand oder einem anderen
5 JuLi Gremium organisiert und veranstaltet werden, um Kosten zu sparen. Ebenso sollen die
6 Getränke an den Partys nicht über gewinnorientierte Händler verkauft werden, sondern auch
7 vom Bundesvorstand. Auch soll der Tagungsort günstiger werden. So sollen statt oder neben
8 Hotels beispielsweise auch Jugendherbergen mit Kontingenten herangezogen werden. Zur
9 weiteren Entlastung der Mitglieder sollen die Fahrtkosten schneller erstattet werden.

10 "

11

12 **Begründung:**

13

14 "Um die Jungen Liberalen auch für Azubis und Geringverdiener attraktiv zu machen, müssen
15 die Institutionen mit den finanziellen Möglichkeiten, auch die Mitglieder entlasten. Dazu zählt
16 besonders der für die Mitglieder sehr kostenintensive BuKo. Menschen mit geringerem
17 Einkommen, wie Schüler, Azubis, Studenten und Geringverdiener können so bei den Julis nicht
18 partizipieren. Da der Bundesverband keine kostenlose Werbemittel zur Verfügung stellt, sehen
19 wir hier die einzige Möglichkeit, entlastet zu werden.

20 "

21



16./17. Februar 2019

Kloster Neustadt, Waldstraße 145 in 67434 Neustadt an der Weinstraße

Antrag S1	
Antragsteller:	Andreas Büsch (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Anpassen der Beitragsordnung (nur falls Satzungsänderung erfolgt) - nicht Müllern, da**

2 **Satzungsänderung**

3

4 "Ersetze in §3 Absatz 2 „Schatzmeister seiner Untergliederung“ durch „stellvertretenden

5 Vorsitzenden für Finanzen seiner Untergliederungen“.

6

7 In §3 Absatz 3 und §5 Absatz 2 wird jeweils das Wort „Landesschatzmeister“ durch

8 „stellvertretenden Landesvorsitzenden für Finanzen“ ersetzt.

9

10 In §5 Absatz 1 wird „§ 5 II“ durch „§ 4 Abs. 6“ ersetzt.

11

12 In §5 Absatz 2 wird „§ 5“ durch „§ 4“ ersetzt.

13

14 "

15

16 **Begründung:**

17

18 ****Diese Anpassungen stellen keine Inhaltlichen Änderungen dar!***

19 Da in der Satzung immer die Rede vom stv. Landesvorsitzenden für Finanzen ist, sollte man

20 diesen auch in der Beitragsordnung entsprechend benennen.

21 Gleiches gilt auch (falls die Satzungsänderungen stattfinden) für die stellvertretenden

22 Vorsitzenden für Finanzen der Untergliederungen.



- 23 Da (falls die Satzungsänderungen stattfinden) die Satzung leicht anders strukturiert ist, müsste
- 24 auch der § der Satzung, auf welchen Bezug genommen wird, angepasst werden."

**Vorabversion für das
Alex-Müller-Verfahren**



Antrag S2	
Antragsteller:	Andreas Büsch (Andreas Büsch)
Status:	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **Ändern der Beitragsordnung (inhaltlich) - nicht Müllern, da Satzungsänderung**

2

3 "In §2 der Beitragsordnung werden die Absätze 2 und 3 ersatzlos gestrichen."

4

5 **Begründung:**

6

7 "Die Absätze 2 und 3 im §3 sind meiner Meinung nach (aufgrund von §3 Absatz 1) komplett
8 obsolet.

9

10 zu Absatz 2: Hier wird eine Beitragsermäßigung für Schüler (etc.) gewährt (2 Euro). Allerdings
11 liegt der Mindestbeitrag den die Kreise fordern müssen nach Absatz 1 ja sowieso nur bei 1.50
12 Euro. Zudem können die Kreise, laut des letzten Satzes dieses Absatzes, dann doch wieder "den
13 Betrag auf einen von ihnen gewählten Beitrag eigenständig erhöhen".

14

15 zu Absatz 3: Zuständige Vorstände dürfen in begründeten Einzelfällen Beitragsermäßigungen
16 beschließen, jedoch nie weniger als 1.50 Euro. Dies ist aber wegen Absatz 1 sowieso bereits
17 möglich."